Manfred Schulze

Zwischen Furcht und Hoffnung Berichte zur Reformation aus dem Reichsregiment*

1. Kursachsens Vertretung beim Reichsregiment

Die Geschichte des zweiten Nürnberger Reichsregiments (1521–1524)¹ erscheint aus der Rückschau als bedeutungsloses Zwischenspiel im Wettkampf der Gewalten um die Macht im Reich. Es mangelt dieser Form von Reichsregierung an der Fähigkeit zur Umsetzung ihrer Entscheidungen, denn die Exekutionsgewalt den in Nürnberg versammelten Regenten abzutreten, waren weder der Kaiser noch die Territorialfürsten gesonnen. Der oftmals empfindliche Geldmangel machte den Regimentsmitgliedern die gewollte Einschränkung ihrer Gewalt überdeutlich. Doch gerade wegen der von außen durch den Kaiser und die Stände gesetzten Grenzen der Macht wurde das Regiment zur Bühne der Diplomatie und zu einem der Zentren politischer Meinungsbildung, das bei ungeschicktem Vorgehen aufbrechende innenpolitische Spannungen verschärfte², bei klugem Taktieren diese aber auch zu entschärfen vermochte.

* Heiko A. Oberman, dem Lehrer und Freund, zum 70. Geburtstag zugeeignet.

¹ Das erste Reichsregiment ist unter Führung des Erzkanzlers Berthold von Henneberg dem Kaiser Maximilian auf dem Reichstag zu Augsburg (1500) abgerungen worden. Es sollte offiziell am 16. September 1500 in Nürnberg zusammentreten, war höchst umstritten und führte doch ein Schattendasein, bis Maximilian das Regiment im März 1502 auflöste. Siehe *Hermann Wiesflecker*, *Kaiser Maximilian I. Das Reich, Österreich und Europa an der Wende zur Neuzeit*, Bd. 3: Auf der Höhe des Lebens. 1500–1508. Der große Systemwechsel. Politischer Wiederaufstieg (München 1977) 1–12; *Victor von Kraus*, *Das Nürnberger Reichsregiment. Gründung und Verfall 1500–1502. Ein Stück deutscher Verfassungsgeschichte aus dem Zeitalter Maximilians I.* (Innsbruck 1883 [Aalen 1969]). Zum zweiten Regiment siehe *Die Anfänge des Regiments*, in: *Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Karl V.*, Bd. 2, hrsg. v. A. Wrede (Deutsche Reichstagsakten, Jüngere Reihe, Bd. 2, Gotha 1901 [Göttingen 1963, abgekürzt als DRTA.JR 2]) 1–36. *Adolph Grabner*, *Zur Geschichte des zweiten Nürnberger Reichsregimentes 1521–1523* (Historische Studien 41, Berlin 1903); *Christine Roll*, *Das zweite Reichsregiment 1521–1530* (Forschungen zur deutschen Rechtsgeschichte 15, Köln 1996).

² Das Beispiel dafür ist die Sickingenfehde, die der politischen Effektivität des Regiments deutlich die Grenzen gewiesen hat angesichts des Widerstreits der Interessen seitens der Kriegsparteien (Trier, Pfalz und Hessen gegen Sickingen), des reichsfreien Adels, des schwäbischen Bundes und der unbeteiligten Reichsstände, die auf einen friedlichen Ausgleich drängten angesichts der Furcht vor dem allgemeinen Aufruhr.

In der Wahlkapitulation vom Juli 1519 hatte der Kaiser zugesagt, „ein löblich, erlich regiment mit fromen, annehmlichen ... personen Teutscher nation neben etlichen churfürsten und fürsten“ einzusetzen³. Es war bereits ein Erfolg, daß diese Zusage umgesetzt und 1521 auf dem Reichstag zu Worms eine Ordnung beschlossen wurde, die den Vorstellungen der Stände allerdings darin zuwiderlief, daß der Kaiser das Regiment nur für die Zeit seiner Abwesenheit konzedierte⁴.

Die verabschiedete Ordnung vom 26. Mai 1521 legte fest, daß insgesamt 23 Mitglieder dem Regiment angehören sollten, einschließlich des Statthalters, den der Kaiser ernennt samt vier Räten⁵. Jeweils ein Kurfürst hatte je ein viertel Jahr lang die Regimentsgeschäfte in Nürnberg persönlich zu besorgen⁶, und zudem hatte jeder der abwesenden Kurfürsten einen seiner Räte zu entsenden, so daß regelmäßig ein Kurfürst und sechs kurfürstliche Räte in Nürnberg beieinander waren, genauso wie die sechs Vertreter von sechs Reichskreisen, die tatsächlich nur sporadisch⁷, gemäß den Vorgaben der Ordnung aber ständig im Regiment vertreten sein sollten. Von der Fürstenbank werden in festgelegter Reihenfolge ein geistlicher und ein weltlicher Fürst entsendet, deren Dienstzeit wie bei den Kurfürsten ebenfalls auf ein Vierteljahr begrenzt ist⁸. Falls von diesen Regimentsfürsten oder -bischofen jemand verhindert ist, stehen gemäß dem Wormser Reichstagsabschied

³ Wahlkapitulation Kaiser Karls V. vom 3. Juli 1519, in: Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Karl V., Bd. 1, hrsg. v. A. Kluckhohn (Deutsche Reichstagsakten, Jüngere Reihe, Bd. 1, Gotha 1893 [Göttingen 1962, abgekürzt als DRTA.JR 1]) 864–876; 866,11–13.

⁴ Die Regimentsordnung vom 26. Mai 1521: DRTA.JR 2, 223–233. Der Reichstagsabschied (DRTA.JR 2, 729–743), der auf den gleichen 26. Mai 1521 datiert ist, bietet wichtige Ausführungsbestimmungen zur Regimentsordnung.

⁵ Vgl. Regimentsordnung, DRTA.JR 2, 227, 24–27.

⁶ Die Reihenfolge der diensthabenden Kurfürsten wurde im Reichstagsabschied festgelegt: Ab dem 30. September 1521 beginnt für das letzte Quartal des Jahres 1521 der Kurfürst von Mainz mit dem Regimentsdienst, ihm folgt im neuen Jahr der Kurfürst von der Pfalz, dann folgen Trier, Sachsen, Köln und Brandenburg. Reichstagsabschied, DRTA.JR 2, 730,31–731,16.

⁷ Die Regimentsordnung umreißt sechs Reichskreise (DRTA.JR 2, 228,29 – 229,14), deren politische Bedeutung im Regiment aber nicht erkennbar wird. Auch die Studie von Winfried Dotzauer bestätigt die Bedeutungslosigkeit der Kreise für die Regimentsarbeit, denn das Stichwort ‚Reichsregiment‘ taucht in dieser umfassenden Untersuchung zwar auf, aber ohne substantielle Füllung. Das ist nicht ein Versehen, sondern liegt in Sache begründet. Siehe Winfried Dotzauer, Die deutschen Reichskreise (1383–1806). Geschichte und Aktenedition (Stuttgart 1998). Ausführlich zur begrenzten Kreisbeteiligung: *Roll*, Reichsregiment 249–284.

⁸ Zu den geistlichen Regimentsfürsten zählen der Erzbischof von Salzburg, die Bischöfe von Bamberg, Würzburg, Speyer, Straßburg und Augsburg. Zur weltlichen Fürstenbank gehören Pfalzgraf Friedrich, die Herzöge Georg von Sachsen und Wilhelm von Bayern, Markgraf Kasimir von Brandenburg-Ansbach, Herzog Heinrich von Mecklenburg und Markgraf Philipp von Baden. Reichstagsabschied, 731,19–24. Die Amtsfolge beginnt ab dem 30. September 1521 mit dem Erzbischof von Salzburg und Pfalzgraf Friedrich, im nächsten Quartal erscheinen der Bischof von Bamberg und Herzog Georg von Sachsen, dann der Bischof von Würzburg und Wilhelm von Bayern, der Bischof von Speyer mit Markgraf Kasimir, der Bischof von Straßburg mit Heinrich von Mecklenburg und der Bischof von Augsburg mit Markgraf Philipp von Baden. Ebd. 731, 26–35.

eine Reihe von Kandidaten zur Vertretung bereit⁹. Die Prälaten und Grafen entsenden je einen und die Städte zwei Vertreter, die ebenfalls alle Vierteljahre wechseln¹⁰.

Das Regiment ist also sowohl auf vielfache Teilhabe als auch auf Kontinuität angelegt. Nach jedem Quartal steht ein großer Wechsel an, der aufgefangen wird vom festen Kern der kaiserlichen, kurfürstlichen und – sofern vorhanden – der regionalen Vertreter samt dem Statthalter. Die Ordnung geht davon aus, daß dieses Soll der Besetzung mit 23 Mitgliedern kaum erreicht wird und legt deshalb vorausschauend ein Quorum von vierzehn Mitgliedern fest, die anwesend sein müssen, damit das Regiment geschäftsfähig agieren kann¹¹.

Zu den Aufgaben des Regiments gehören die Handhabung von Frieden und Recht, sonderlich die Wahrung des Landfriedens¹², ferner die Aufsicht über das ebenfalls in Nürnberg angesiedelte Kammergericht¹³ und schließlich die Bewältigung innenpolitischer Ordnungsprobleme von der „beschwerlichkeit der münz“ bis zur „gotteslesterung“ und den Monopolgesellschaften, wie der Wormser Reichstagsabschied zusätzlich zur Regimentsordnung bestimmt¹⁴. Dieser Ordnung gemäß war das Regiment mit dem Schutz der Religion gegen des „christlichen glaubens anfechter“ betraut und deshalb auch berechtigt, darüber mit den Ständen der Christenheit zu verhandeln, wenngleich grundsätzliche Übereinkommen nur mit Wissen und Willen des Kaisers eingegangen werden durften¹⁵. Die Einberufung eines Konzils oder einer geistlichen Nationalversammlung ohne kaiserliche Zustimmung ist dadurch ausgeschlossen.

Der Statthalter und damit der Vorsitzende des Regiments sollte gemäß dem Wormser Reichstagsabschied der Bruder des Kaisers werden¹⁶, tatsächlich aber übernahm dieses Amt zunächst der Bruder des Kurfürsten von der Pfalz, also Pfalzgraf Friedrich, der mit dem Amt des „locum tenens“ in Abwesenheit Ferdinands betraut war¹⁷.

Über die Arbeit des Regiments unterrichtet in seinen Gesandtenberichten mit ungewöhnlicher Regelmäßigkeit und Sorgfalt der Vertreter des sächsischen Kurfürsten, Hans von der Planitz († 10. Juli 1535)¹⁸. Er gehört zu jener neuen Schicht

⁹ Reichstagsabschied, 732, 1–14.

¹⁰ Regimentsordnung, 228, 10–25.

¹¹ Es sollen „allzeit ufs wenigst vierzehn personen des rats bei obgemelten stathalter pleiben“. Regimentsordnung, 230, 30f.

¹² Ebd. 224, 18 – 225, 4.

¹³ Ebd. 226, 26–28

¹⁴ Reichstagsabschied, 737, 15–31.

¹⁵ Regimentsordnung, 225, 5–9.

¹⁶ Reichstagsabschied, 732, 15–18.

¹⁷ *Grabner*, Reichsregiment 57; vgl. *Roll*, Reichsregiment 49.

¹⁸ Diese Berichte sind veröffentlicht von *Ernst Wülcker*, *Hans Virck*, Des kursächsischen Rathes Hans von der Planitz Berichte aus dem Reichsregiment in Nürnberg 1521–1523 (Schriften der Königlich Sächsischen Kommission für Geschichte, Bd. 3, Leipzig 1899 [Hildesheim 1979, abgekürzt als *Wülcker*, *Virck*]). Zur Planitzbiographie siehe die Einleitung zu diesem Band; die Ausführungen in der Allgemeinen Deutschen Biographie (Bd. 26, 232f.) sind durch *Wülcker*, *Virck* überholt.

obrigkeitlicher Räte, die über eine akademisch-juristische Ausbildung verfügen und sich somit nicht einfach aufgrund ihres Standes, sondern vornehmlich aufgrund ihrer Ausbildung für den Hof- und Landesdienst empfehlen. Etwa im Alter von 17 Jahren bezog Planitz im Wintersemester 1491 die Universität Leipzig¹⁹, 1497 findet man ihn in Ingolstadt, und Anfang 1498 begegnet sein Name in den Akten der „natio Germanica“ der Universität Bologna. Dort wurde er wahrscheinlich im Sommer 1499 zum Doktor beider Rechte promoviert und bekleidete von 1499 bis 1501 das Amt des Rektors der Universität²⁰. Seit 1503 ist Planitz wieder in Sachsen zu finden, damit beschäftigt, sich eine eigene Existenz aufzubauen und sich im harten Ringen um die Bergrechte auf dem Schneeberg zu behaupten. Seit dem Jahr 1513 steht Planitz in den Diensten des Hofes, führt den Titel eines kurfürstlichen Rates und wird 1516 zusätzlich zum Amtmann von Grimma ernannt²¹.

Zusammen mit sächsischen und auswärtigen jungen Adligen bricht Planitz im März 1517 zu einer Wallfahrt ins heilige Land auf. In den festgefügt Traditionen der Kirche handelte es sich um die religiöse Bildungsreise eines jungen Adelskreises, der teilweise zur politischen Elite auf der Ebene der Territorien heranreifen sollte²².

Mit den Problemen der neuen Lehre ist Planitz dienstlich zum ersten Male als Abgesandter des Kurfürsten anlässlich der Leipziger Disputation konfrontiert worden. Des Lateinischen selbstverständlich mächtig, hat er dem Streitverlauf folgen und Luther wohl mit einem Protest sogar zu seinem Recht verhelfen können, da Eck am vierten Tag der Disputation, als immer noch über die Gewalt des Papstes gestritten wurde, darauf aus war, dem Kontrahenten Luther die Möglichkeit zur eigenen Argumentation zu nehmen²³.

¹⁹ Er gehört zur ‚natio Misnensium‘ und ist eingetragen als: „Iohannes Plawniczer de Weißenburgk [Wiesenburg].“ *Georg Erler*, Die Matrikel der Universität Leipzig, Bd. 1 (Codex Diplomaticus Saxoniae Regiae, II, 16, Leipzig 1895) 387, 28.

²⁰ Vgl. *Wülcker*, *Virck*, XXIX.

²¹ Vgl. ebd. XLIX, LXV.

²² Einer der Teilnehmer, Bernhard von Hirschfeld, hat eine Schilderung dieser Fahrt hinterlassen. *A. von Minckwitz*, Des Ritters Bernhard von Hirschfeld im Jahre 1517 unternommene und von ihm selbst beschriebene Wallfahrt zum heiligen Grabe. Aus einem in der großherzoglichen Bibliothek zu Weimar befindlichen Manuscripte, in: *Mittheilungen der Deutschen Gesellschaft zu Erforschung vaterländischer Sprache und Alterthümer in Leipzig* 1 (1856) 31–106. Die Liste der Teilnehmer: 45–47.

²³ Luther hat sowohl gegenüber Spalatin als auch direkt gegenüber dem Kurfürsten die Hilfe des gelehrten Rats gewürdigt. Der Bericht Luthers an Spalatin über die Leipziger Disputation stammt vom 20. Juli 1519 (WAB 1, 424, 143–145), die Berichte Luthers und Karlstadts an den Kurfürsten vom 18. August 1519. Luther berichtet dem Kurfürsten folgendes: „Da ich drei Tag Doctor Eck respondierts und der vierte Tag mein war zu opponieren, nahm Doctor Eck denselben Tag auch ein, mir die Zeit mit unnützen Worten zu verderben, und was uns geboten, denselben Tag die Materi [zur These 13 über die Gewalt des Papstes] zu enden. Also blieb mir von Doctor Eck Gnaden und Gunst ein ganze Stund desselben Tags, die wollt ich auch nit haben, und wäre Herr Hans von Plaunitz, E.K.Gn. Hauptmann zu Grimm [Amtmann zu Grimma], nit gewesen, so wäre ich Hans Dahinten gewesen, wie derselb E.K.Gn. wohl mag berichten.“ WAB 1, 473, 295 – 474, 302. Der Protest Planitzens ist in den Disputa-

Seitdem ist Planitz immer wieder mit den aufkommenden Konflikten um die Wittenberger Lehre befaßt worden und hat dabei einen Weg eingeschlagen, der typisch ist für die sächsische Politik dieser Jahre: Ohne eigene Rechtsverletzungen unter der Deckung formaler Argumente sind die Konflikte durch Hinauszögern und durch Beharren auf der eigenen Unzuständigkeit zu entschärfen²⁴.

Im Herbst 1521 wurde Planitz durch den Kurfürsten zum Mitglied des Reichsregiments ernannt. Das geschah zunächst mit der Zusicherung, daß Friedrich „mit der zeit auf ainen andern trachten“ wolle²⁵; doch ist davon niemals mehr die Rede gewesen, so daß Planitz die Arbeit des Nürnberger Regiments vom Anfang bis zu seinem Ende im Jahre 1524²⁶ mitgetragen hat.

Das Regiment sollte seine Tätigkeit mit dem 30. September 1521 beginnen, doch erst nach Mitte November war das ordnungsgemäße Quorum von vierzehn Mitgliedern annähernd erreicht – es waren 13 Mitglieder anwesend –, so daß am 19. November das Regiment vereidigt wurde und damit seine Arbeit aufnehmen konnte²⁷.

tionsakten nicht verzeichnet, wird aber auf den endenden Vormittag des 7. Juli, dem vierten Disputationstag zwischen Eck und Luther, anzusetzen sein, wo die Akten nur den Protest Luthers, nicht das Eingreifen Planitzens festhalten. Siehe WA 59, 500, 2093 – 501, 2098.

²⁴ Planitz verfaßte etwa einen Ratschlag für die Räte des bischöflichen Administrators zu Naumburg angesichts der Forderung durch Johannes Eck, die Bannandrohungsbulle gegen Luther zu veröffentlichen. Planitzens Rat lautet: Die Publikation der Bulle hat zu unterbleiben, da Eck die formalen Rechtsvoraussetzungen für seine Forderung nicht erfüllt habe. Das Veröffentlichungsverlangen sei nicht offiziell, sondern nur privat an Dr. Schmidberg, den Offizial des Naumburger Bistums, ergangen. Da Schmidberg aber inzwischen – am 5. November 1520 – verstorben sei, erübrige sich auch das Privatbegehren Ecks. Außerdem habe dieser versäumt, seine Legitimation als Exekutor der Bulle einzureichen. Siehe *Wülcker, Virck*, LXXVII. Den gleichen Weg der Verzögerung schlägt er ein, um im Amt Leisnig die Veröffentlichung zu verhindern. Falls das nicht gelinge, möge man die Bulle von jemandem, der dazu „in geheim verordent und bestellt“ ist, abreißen lassen. *Wülcker, Virck*, 594, 33f., Ratschlag vom 27. Februar 1521 an den Amtmann zu Leisnig. Als Erzbischof Albrecht von Magdeburg den sächsischen Kurfürsten beschuldigte, die Eheschließung des Kemberger Propstes Bartholomäus Bernhards zu decken und damit zur Zerstörung von christlicher Zucht und Einigkeit beizutragen, mußte Planitz gegen diesen Vorwurf persönlich in Halle beim Erzbischof protestieren und auf der sächsischen Unzuständigkeit beharren. *Wülcker, Virck*, LXXIXf.

²⁵ Schreiben des Kurfürsten vom 18. September 1521; *Wülcker, Virck*, 1, 27. Ferner ernannte der Kurfürst durch Planitz den Dechanten des Stifts Wurzen, Dietrich von Techwitz, zum Assessor des Nürnberger Reichskammergerichts. *Wülcker, Virck*, 2f.

²⁶ Auf dem dritten Reichstag zu Nürnberg beschloß die Mehrheit der Reichstände im April 1524, das Regiment neu zu besetzen und in die Reichsstadt Esslingen zu verlegen. Vgl. DRTA.JR 4, Nr. 86, 427f. Kurfürst Friedrich protestierte gegen diesen Ständebeschluß, hielt an der Entsendung Planitzens fest und verzichtete schließlich auf eine sächsische Beteiligung am Esslinger Regiment.

²⁷ Bericht vom 19. November 1521; *Wülcker, Virck*, 40, 7–9; 41, 14–18.

2. Wittenberger Wirren aus Nürnberger Perspektive

Zu Beginn des Jahres 1522 setzte der erste Wechsel ein. Auf der Fürstenbank vollzog sich die einschneidende Veränderung, daß deren Plätze jetzt durch den Bischof von Bamberg, Georg III. Schenk von Limburg, und durch Herzog Georg von Sachsen eingenommen wurden²⁸, von denen vornehmlich der Dresdener Herr als überzeugter Gegner Luthers das Regiment dauerhaft beschäftigen sollte. Bereits am Neujahrstag 1522 erhält Planitz anlässlich einer Einladung beim Herzog einen Vorgeschmack auf Georgs künftige Lutherpolitik im Regiment. Das Gespräch kam auf die harten Maßnahmen im Herzogtum gegen die kirchlichen Neuerungen, und als Planitz versuchte, Luther zu verteidigen, reagierte Georg mit offener Entrüstung²⁹.

Am 14. Januar bringt Georg seine Beschwerden offiziell vor das Regiment. Diese nehmen ihren Ausgang bei den Wittenberger Reformen, die für Georg nicht einfach ‚Unruhen‘ oder ‚Wirren‘ sind, sondern gottlästerliche Skandale: ‚Mönche‘ entlaufen ihren Klöstern ..., verweigern ihren Vorgesetzten den Gehorsam ..., unterstehen sich, Weiber zu nehmen und in weltlichen Kleidern herumzulaufen‘, desgleichen die Weltgeistlichen, die zu heiraten sich ebenfalls nicht schämen. Alles das geschieht in Kursachsen ungestraft. Den Gipfel der Lästerungen entdeckt Georg im kursächsischen Eilenburg, wo ein entlaufener Mönch – das ist Gabriel Zwilling († 1558)³⁰ – die Stirn hat, die Gläubigen zum Abendmahl unter beiderlei Gestalt zu verführen und ihnen das Sakrament sogar in die eigenen Hände gibt³¹ – das Allerheiligste also in die schmutzigen Hände von Sündern.

Dem Bericht an den Kurfürsten ist zu entnehmen, daß der Gesandte den Vorwürfen, im Kurfürstentum würden Ketzereien geduldet, nicht durch Verharmlosung ausweicht, sondern offensiv entgegentritt. Planitz, der Doctor utriusque iuris, weiß kirchenrechtlich und rechtsgeschichtlich kompetente Antwort zu geben, wenn er darauf hinweist, daß Institutionen wie Mönchsorden, Priesterzölibat oder Messen *sub una specie* auf kirchliche Entscheidungen zurückgehen. Die Vorgänge in Wittenberg oder Eilenburg zeugen damit wohl von Ungehorsam gegenüber der Kirche, nicht aber von Ketzerei. Ohne die Begrifflichkeit in Anspruch nehmen zu müssen, ist damit deutlich, daß die beanstandeten Verstöße zwar das

²⁸ Bericht vom 2. Januar 1522; *Wülcker, Virck*, 58, 25–29.

²⁹ Ebd. 59f.

³⁰ Gabriel Zwilling, Augustinereremit in Wittenberg, hielt sich vom 24. Dezember 1521 bis 6. Januar 1522 in Eilenburg auf; er ist nicht aus eigenem Antrieb dorthin gereist, sondern zur Predigt geladen worden und hat tatsächlich Luthers reformatorische Lehre über die Messe und die kirchlichen Zeremonien auf die Kanzel gebracht – mit all jenen Turbulenzen, die sich auch in Wittenberg eingestellt haben. Vgl. *K. Pallas*, Der Reformationsversuch des Gabriel Didymus in Eilenburg und seine Folgen. 1522–1525. Neue urkundliche Nachrichten, in: *ARG* 9 (1911,12) 347–360. Siehe auch *Siegfried Hoyer*, in: *The Oxford Encyclopedia of the Reformation*, Bd. 4, 319f.; *Detlef Metz*, in: *Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon*, Bd. 14, 672–674 (Lit.).

³¹ Bericht vom 16. Januar 1522; *Wülcker, Virck*, 67, 19 – 68, 8.

Kirchenrecht, aber nicht das göttliche Recht verletzen³². Der Herzog geriet während des Disputs derart in Zorn, daß der Gesandte sich zurücknehmen mußte, denn, so Planitz die Gefühlslage zusammenfassend: „der Reyn [Rhein] war gar entprant“³³.

Dreierlei wird an der Auseinandersetzung im Reichsregiment sichtbar:

1. Herzog Georg geht davon aus und hat gemäß der Regimentsordnung auch recht, daß die Unterdrückung der Ketzerei zu den Aufgaben des Regiments gehöre. Es steht nicht im Belieben des Regiments, Häresien hinzunehmen.

2. Die Befassung des Regiments schließt bei Georg immer den Vorwurf gegen den ernestinischen Kurfürsten ein, daß er seinen Pflichten nicht nachkomme. Damit wird der Kurfürst nicht nur als Landesherr, sondern als Reichsfürst angegangen.

3. Der kursächsische Gesandte markiert den Widerspruch so, daß er den Ketzeirevorwurf grundsätzlich und strikt zurückweist: Die kurfürstliche Regierung duldet keine Häresien. Das ist die bleibende Argumentationslinie des Hofes.

Die Gegenwehr des Gesandten hat das erste und auch einzige Religionsmandat des Regiments, das dieses aus eigenem Regierungsrecht erlassen hat³⁴, nicht verhindern können. Das Mandat trägt das Datum des 20. Januar 1522 und ist auch dem sächsischen Kurfürsten zugestellt worden mit der Maßgabe, die hergebrachte Ordnung der Kirche einzuhalten, „bis so lang durch vernehmung der gemeinen Reichstände, christliche Versammlung oder Concilia solcher Sachen halber ein bedächliche [durchdachte], wohlervogene, gegründete, gewisse Erklärung, Erörterung und Determination vorgenommen und beschlossen werde“. Es ist dem Dresdener Landesherrn damit nicht gelungen, die kursächsischen Neuerungen als Ketzerereien verdammen zu lassen. Das Regiment beschränkt sich darauf, den Verunsicherungen im Glauben zu wehren³⁵, und beauftragt deshalb die betroffenen

³² Trotz der „unschicklichkeit“ des Geschehens konnte Planitz sich nicht darauf einlassen, „das angezeichte drei stugk [Orden, Zölibat und Messe unter einerlei Gestalt] keczerei weren aus ursachen: dan vor disser zeit noch [nach] der himmelfart Christi eczlich hundert jar kein monchsorden vom babst bestetiget gewest, ßo hetten auch die priester eczlich hundert jar weiber gehabt. Und were ein lange zeit under beiderlei gestalt das heilige sacrament den leihen und cristen gereicht worden. Welchs alles zuleiczt [zuletzt] durch die bebst und villeicht gemeine vorsamlung der cristenheit were anders geordent. Nun stunde es nochmals in gewalt des babstes und der gemeinen vorsamlung der christenheit, sulchs widerum auszuseczen, wie es vor gewest. Darum were es kein keczerei; den wue es keczerei were, mocht es in keinem weg durch den papst ader gemeine vorsamlung nochgelassen werden ...“ ebd. 68, 12–24.

³³ Ebd. 68, 32f.

³⁴ Ein zweites Religionsmandat erließ das Regiment mit Datum vom 6. März 1523 (DRTA.JR 3, 447–452). Dieses aber ist ein Mandat im Auftrag, da es den Abschied des zweiten Nürnberger Reichstages vom 9. Februar 1523 (DRTA.JR 3, 736–759) exekutiert. Siehe unten Anm. 90.

³⁵ Das Mandat berichtet davon, daß einige Priester „wider langhergebrachte ordnung und gebrauch der cristlichen kirchen“, unter Auslassung wesentlicher Stücke des Meßkanons, teilweise in Laienkleidern, in deutscher Sprache die Abendmahls Elemente öffentlich konsekrieren und den Laien ohne Buße und Beichte, dazu unziemlich unter beiderlei Gestalt reichen. Mönche verlassen die Klöster und verheiraten sich, mit der Folge, daß „bei den christgläubigen nit wenig irsal und wankelmütigkeit des glaubens“ einreißt. Version des Mandats

Bischöfe und Landesherrn, die Umtriebe ‚bei hoher Strafe ernstlich zu verbieten‘ und ‚mit Fleiß zu verhüten‘. Sie sollen die Unruhestifter ‚gütlich oder wenn das nicht helfen sollte, mit Strenge davon abbringen und, wenn es notwendig sein sollte, mit gebührender Strafe gegen Unverbesserliche vorgehen‘³⁶.

Kurfürst Friedrich hat das Mandat ernst genommen, durch seine Räte den Wittenbergern klar gemacht, daß er den Neuordnungen in keinem Fall zustimme³⁷ und auch Luther auf der Wartburg den Inhalt berichten lassen³⁸. Herzog Georg sowie der Bischof von Bamberg zweifelten an der Wirksamkeit des Mandats und stellten den Antrag, die ungeheuerlichen Verletzungen des Glaubens dem Kaiser vorzutragen. Nur mit Mühe ist dieses Ansinnen im Regiment verhindert worden. Ausschlaggebend waren die zwei Bedenken, daß eine solche Eingabe dem befürchteten Mißtrauen des Kaisers gegenüber dem Regiment neue Nahrung gäbe und daß scharfes Durchgreifen die Gefahr des Aufruhrs heraufführe.

Die kursächsischen ‚Wirren‘ sind in Nürnberg gegenwärtig und führen zu Spannungen innerhalb des Regiments. Für den Notfall, daß dort der Widerwille gegen die Unruhestifter wächst, hatte Planitz dem kurfürstlichen Hof eine offizielle Antwort empfohlen und diese auch entworfen. Der Entwurf argumentiert einmal auf der Ebene der Gravamina, stellt ferner die Unzuständigkeit der weltlichen Gewalt heraus und verweist schließlich auf die Inkompetenz des Fürsten, der nur ein Laie sei:

an den Bischof von Meißen bei *Karl Pallas*: Briefe und Akten zur Visitationsreise des Bischofs Johannes VII. von Meißen im Kurfürstentum Sachsen 1522, in: ARG 5 (1907,08) 217–312, 238f. Die Version des Mandats an den Bischofsadministrator von Naumburg, Bischof Philipp von Freising, findet sich übertragen bei Walch² Bd. 15, Nr. 727, 2194–2196.

³⁶ *Pallas*, Briefe und Akten 240.

³⁷ Siehe die Instruktion (um den 13. Februar) für die Verhandlungen Hugolds von Einsiedel und Christian Beyers mit Vertretern der Universität und des Stiftskapitels, wo der Instruktor – möglicherweise nicht der Kurfürst direkt, sondern einer seiner Räte – auf die Unruhen um das Sakrament verweist, „die schier im ganntzen Reich erschollen“ sind. „Daraus erfolgt, das man gleich schimpfflich von den von Wittenberg Redet.“ *Nikolaus Müller*, Die Wittenberger Bewegung 1521 und 1522. Die Vorgänge in und um Wittenberg während Luthers Wartburgaufenthalt (Leipzig 21911) 191. Ausdrücklich bezieht sich Kurfürst Friedrich auf das Regimentsmandat und die daraufhin angekündigte Visitation des Bischofs von Meißen in einem Schreiben an Hugold von Einsiedel, das die kurfürstliche Ablehnung der Wittenberger Meßneuordnung klarstellt. Der Kurfürst weist Hugold und die anderen Räte an, der Universität und dem Stiftskapitel diese Ablehnung deutlich zu machen, „dormit es nit dorfur geacht, alß hetten wir [der Kurfürst] oder ir [die Räte] von unsert wegenn in die artikel, So sie furgenomen . . . , bewilligt oder gehelt. Dan du hast zu bedencken, zu was auflegung solchs uns gereichen mocht; dan du sihest, wie das Regiment und bischof bey uns suchen thun.“ Kurfürst Friedrich an Hugold von Einsiedel, 17. Februar 1522, *Müller*, ebd. 208. Das Schreiben des Bischofs von Meißen mit der Visitationsankündigung vom 7. Februar 1522 ist abgedruckt bei *Pallas*, Briefe und Akten 241–243.

³⁸ Einer Instruktion an den Eisenacher Amtmann Johann Oswald ist zu entnehmen, daß der Kurfürst dem auf der Wartburg internierten Luther die politischen Probleme der Wittenberger Neuerungen deutlich gemacht hat. Dabei hat er ihm auch das Regimentsmandat in seinem entscheidenden Passus zur Kenntnis gebracht. Instruktion des Kurfürsten an Johann Oswald, nach dem 24. Februar 1522; WAB 2, 450,36–43.

1. Der Zölibat schaffe eine Fülle von Mißständen, die allgemein bekannt sind – das ist das Argument der Gravamina.

2. Daß Mönche ihren Klöstern entlaufen, falle nicht unter die Jurisdiktion des Kurfürsten³⁹ – damit wird die Unzuständigkeit der weltlichen Gewalt behauptet.

3. Zur Sakramentsfrage habe der Kurfürst sich auf seine Gelehrten zu verlassen, die bezeugen, daß die neuen Formen der Sakramentsreichung dem Glauben und Heil nicht abträglich seien – das ist die Unzuständigkeit des Laien⁴⁰.

Im Blick auf die innere Situation des Landes warnt Planitz den Kurfürsten davor, sich verleiten zu lassen, mit scharfen Eingriffen die Wiederherstellung der alten Ordnung zu erzwingen, wie das Mandat verlangt. Er schlägt vielmehr vor, daß der Kurfürst sich den Anforderungen des landesherrlichen Kirchenregiments entziehe, und zwar nicht nur argumentativ in seinen Unterhandlungen mit dem Regiment, sondern auch real in seinem innenpolitischen Vorgehen. Es sollte somit jetzt als Rechtslage gelten, daß die Mönche nicht der kurfürstlichen Jurisdiktion unterstehen und daß der Landesherr als Laie in theologische Auseinandersetzungen nicht eingreifen könne.

Friedrich bestätigt dem Gesandten mit Schreiben vom 3. März 1522, daß er die politische Linie des Hofes erfaßt habe⁴¹. Daraus ist zu schließen, daß der Freiraum der Reformation in den ersten Jahren nicht einfach durch den Druck der ‚Bewegung‘ entstanden ist und auch nicht der Entschlußlosigkeit des Kurfürsten entspringt. Der Lauf der Änderungen gründet auch nicht in der zustimmenden Überzeugung des Kurfürsten, daß die *reformatio ecclesiae* eben so zu verlaufen habe, wie sie faktisch verläuft. Entscheidend ist vielmehr das politische Kalkül, daß die Aussetzung des landesherrlichen Kirchenregiments den Pressionen von innen und seit Januar 1522 zunehmend von außen den Druck nehme.

Dennoch war dieses Kalkül nicht dazu angetan, auch das Regiment auf die kur-sächsische Linie zu bringen, denn die Vorstellung, Friedrich könne sich seiner geistlichen Pflichten als Landesherr entziehen, läuft dem allgemein akzeptierten fürstlichen Pflichtenkanon gänzlich entgegen. Was in Wittenberg geschah, ging den Fürsten an, ob er wollte oder nicht, und deshalb haben Luthers Aktionen den Landesherrn immer wieder außenpolitisch in Verlegenheiten und Schwierigkeiten

³⁹ „Das aber die monch aus dem closter laufen, haben E.cfl.G. leichtlich zu verantworten mit dem ..., das sie ir obere haben; die werden woll wissen, was sie in dem thun ader lassen sollen; sie seint an [ohne] E.cfl.G. zuthun ins closter gangen, E.cfl.G. mochten [könnten] auch woll leiden, das sie darinen bliben ... Das aber E.cfl.G. sie dazu zu dringen hetten, wusten E.cfl.G. mit guten fugen nicht zu thun. Dan diß weren geistlich leut, die in E.cfl.G. iurisdiction, sie wider iren willen zu nottigen, nicht gehörig.“ Bericht vom 19. Februar 1522; *Wülcker, Virck*, 90, 25–33.

⁴⁰ Ebd. 90, 33–91, 4.

⁴¹ „Das die monich aus den clostern laufen, pfaffen weiber nemen, und raichung halben der sacrament, in dem haben wir dein [Planitzens] bedenken auch gehort, und solchs mag [kann] von uns, wie du anzeigst, unsers verhoffens leichtlich verantwort werden; dann wir haben mit diesen dingen nit zu thun, sein des als ein leihe auch nit verstendig, sonder steet den prelaten und obnern der geistlichkeit zu.“ Kurfürst Friedrich an Planitz, Lochau, 3. März 1522; *Wülcker, Virck*, 104, 16–21.

gebracht, sei es mit seiner Rückkehr von der Wartburg⁴², sei es mit seiner Schrift „Von beider Gestalt des sacraments zu nehmen (1522)“, in der Herzog Georg mit Recht auch einen Angriff auf das Regiment entdeckte. Luther hat sein Urteil über die Regimentsherren – die närrischen Regimentshansen – unverblümt aller Öffentlichkeit kundgetan⁴³; der Herzog ließ sich die Stelle nicht entgehen und hat sie, eigenhändig markiert, dem Regiment zur Anzeige gebracht. Planitz befürchtete böses Blut und suchte abzuwiegeln mit der Entschuldigung, daß der Kurfürst an solcherlei Schriften keinen Gefallen fände⁴⁴. Der Vorfall gibt Anlaß, von Nürnberg aus eine deutliche Mahnung nach Hause zu schicken, daß Luther mit solchem Schimpf seiner Sache keinen Dienst leiste und dem Kurfürsten auf die Dauer nur schade⁴⁵. Auch dieser Vorfall ist im Sande der gezielten Verschleppung verlaufen.

⁴² Planitz reagiert verschreckt auf die zunächst vertrauliche Nachricht von Luthers Rückkehr: Es wäre nicht „unschicklich“ gewesen, wenn sich Luther noch eine Weile versteckt gehalten hätte. Bericht vom 18. März 1522; *Wülcker, Virck*, 111, 7–33. Am 22. März teilt Planitz mit, daß die Nachricht von Luthers Rückkehr das Regiment in Nürnberg erreicht habe: Es ist Herzog Georg „von stund an zu wissen wurden“. Bericht vom 22. März 1522; *Wülcker, Virck*, 114, 28–30. Gute Dienste leistete das Schreiben, daß Luther nach Maßgabe des Hofes zur Erläuterung der Gründe seiner Rückkehr verfaßt hatte und von dem Planitz im Regiment Gebrauch machte: Ich [Planitz] habe „heut dato [22. März] dem stathelder [Pfalzgraf Friedrich] die copia [von Luthers Schreiben] zu lesen übergeben.“ Der Pfalzgraf brachte daraufhin dieses Schreiben dem Bischof von Bamberg und Herzog Georg zur Kenntnis. Ich [Planitz] „hab noch nichts darauf vormerken mogen, ab es inen gefall oder nicht.“ *Wülcker, Virck*, 115, 4–18. Luther hat in einem ersten Rechtfertigungsschreiben (7./8. März 1522) nicht unterlassen, das Regiment anzugreifen, wenn auch sehr milde (WAB 2, 461, 74f; 466, 14–18); erst sein zweiter Entwurf (12. März 1522) wurde vom Hof akzeptiert (WAB 2, 467–470). In Nürnberg wurde die Angelegenheit nicht weiter verfolgt, da Herzog Georg das Regiment turnusgemäß verließ und am 27. März 1522 der Reichstag zusammentrat mit den ganz anderen Sorgen zur Türkengefahr.

⁴³ „Es ist zu Nurmberg auß dem regiment außgangen [das Mandat vom 20. Januar 1522], das man die sach von beyder gestalt des sacraments tzu empfangen, auffschieben soll auff eyn tzukunfftiges Concili, denn“ – und nun erfolgt der Ausfall – „die klugen herrn wollen es nit verdammen, doch ynn des nicht tzu lassen, sondern unerkannt verdampt haben. Wie dunckt dich nu [lieber Leser]? Ich meyne, das sind ja Christen, sie bekennen, das es Christus eyngesetzt habe und stehe ym Evangelio, das ist war, aber sie wollen eyn bedencken nehmen, obs recht odder unrecht, tzuhalten odder nicht tzuhalten sey, was Christus setzt und thut. ... Die weyl denn unßer herr Christus seyne feynde, die grossen hanßen beyde geystlich und weltlich, tzu narren macht offentlich ynn dißer sachen, das sie so kindisch und schimpfflich damit faren, das yhn freylich Claus Narr manß gnug were tzu antworten, sollen wyr getrost seyn und yhr toben und narheyt verachten und nit sorgen, wie wyr yhn antworten, denn sie kunden von gottis gnaden nichts, wie das gnugsam der Bapst mit seynen bullen und papistischen schutzschryben und nu auch die zornigen herrn [im Regiment] beweyßet haben.“ WA 10, II, 21, 9–22, 1.

⁴⁴ Bericht vom 14. Mai 1522; *Wülcker, Virck*, 149, 29–150, 20.

⁴⁵ „Es solde auch meins [Planitzens] einfeldigen bedenkens nicht nachteilig sein unßerm glauben und unßer selen seligkeit, ob sich gleich doctor Martinus sulcher schimpfflichen und spottischen wort gegen dem keiser und dem regement enthilde, nicht von seinetwegen, sondern das er dodurch vill boses willens und anders mit der zeit erregen mocht, daraus villeicht E.c.f.G. schade entstunde.“ Ebd. 150, 20–151, 2.

3. Die Beruhigung täuscht – der Zorn wächst

Während seiner turnusgemäßen Anwesenheit beim Regiment seit dem 1. Juli 1522 hat Kurfürst Friedrich seine eigene Leitlinie im Umgang mit den Wittenberger Überraschungen durchzusetzen gewußt, und die amtierenden Fürstenvertreter, Bischof Georg von Speyer und Markgraf Kasimir von Brandenburg-Ansbach, haben dagegen keinen erkennbaren Widerspruch vorgebracht. Herzog Georg – immer wieder er – zeigte hingegen während Friedrichs Nürnberger Session den neuen Skandal an, daß Luther den Papst, den Kaiser und nun auch den König von England schändlich beleidigt habe⁴⁶. Die Antwort des Regiments vom 16. August 1522 verbleibt ganz im Rahmen der kursächsischen Vorgehensweise: Sie ist formal korrekt, ergeht sich im Mißfallen über „schmeh und schaden“ und macht nicht die geringste Andeutung möglicher Maßnahmen gegen Luther⁴⁷. In der personellen Zusammensetzung des Sommerquartals 1522 hat das Regiment diese kursächsische Politik mitgetragen. Das aber war nicht die Regel.

Als Regimentsmitglied von Nürnberg aus hat Friedrich in einem Schreiben an

⁴⁶ Schreiben Herzog Georgs an das Reichsregiment, 6. August 1522; *Felician Gess*, Akten und Briefe zur Kirchenpolitik Herzog Georgs von Sachsen, Bd. 1 (Leipzig 1905 [Köln 1985]) 336, 1–5. Es handelt sich um Luthers Antwort auf Heinrichs Assertio septem sacramentorum adversus Martinum Lutherum (1521; Neuausgabe durch *Pierre Fraenkel*, Corpus Catholicorum, Bd. 43, Münster 1992). Luthers lateinische Schrift, auch auf Deutsch herausgegeben, trägt den Titel Contra Henricum regem Angliae (1522); WA 10,II, 180–222 (lat.); 227–262 (deutsch).

⁴⁷ Wir [das Regiment] geben Euch, dem Herzog, „zu erkennen, das wir ksl. mt. [Kaiserlicher Majestät] schmeh und schaden, wo wir die erfahren oder sehen, nit gern dulden wolten, wie wir dann das nit minder, dann E.L. und G. zu warnen und wenden schuldig und geneigt sein ...“ Auszug der Regimentsantwort an Herzog Georg vom 16. August 1522, *Gess* I, 339, 1–5. Der kurfürstliche Hof hat trotz seiner Zurückhaltung nach außen die Schmähungen wahrscheinlich doch nicht schweigend hingenommen, wie man Luthers mehrfacher Rechtfertigung seiner Polemik an Spalatins Adresse entnehmen kann: „Cogor virulentissimo Leo [Edward Lee, † 1544], qui se in Angliae regem transformavit, respondere. Ignorantia quidem rege digna est in eo libro, sed virulentia et emendacitas [= ementacitas] nullius nisi Lei est. Quam furit Satan! Sed ego quoque eum irritabo de die in diem magis ...“ – Ich bin gezwungen, diesem ungemein giftigen Lee zu antworten, der sich in den König von England verwandelt hat. Die Beschränktheit in diesem Buch ist ja eines Königs würdig, doch die Giftigkeit und Verlogenheit geht auf keinen anderen als auf Lee zurück. Wie wütet doch der Satan, ich aber werde ihn von Tag zu Tag mehr reizen. Luther an Spalatin, 4. Juli 1522; WAB 2, 573, 6–10. Am 4. September 1522, wiederum in einem Brief an Spalatin, wiederholt Luther seine Verteidigung; WAB 2, 596, 6–8. Am 25. September wehrt sich Luther gegenüber Spalatin von neuem und jetzt mit Vehemenz gegen die Versuche, seine Stimme im Kampf gegen die Feinde Christi zu bändigen: „Valde vellem principem nostrum sua curare et me sinere cum Satana squamisque suis agere ... Celum non ruet, si id non credit, ego tamen credo et certus sum ... Nullius nisi meo periculo ista res geritur et geretur.“ – Ich wollte sehr, der Kurfürst kümmere sich um seine Sachen und lasse mich mit dem Satan und seinen Schuppen machen. ... Der Himmel wird nicht einstürzen, wenn er das nicht glaubt, ich hingegen glaube das und bin mir sicher ... Die Sache wird auf keines anderen Gefahr hin als auf meine betriebenen und weiterbetriebenen. WAB 2, 604, 8–14. Siehe *Irmgard Höss*, Georg Spalatin, 1484–1545. Ein Leben in der Zeit des Humanismus und der Reformation (Weimar 21989) 244.

den Kaiser⁴⁸ und etwas später an Graf Heinrich von Nassau, dem Großkämmerer und engen Vertrauten des Kaisers, seine Position in der Luthersache dargelegt: Abgesehen davon, daß er dafür gesorgt habe, daß Luther nicht ungehört verurteilt werde, habe er sich seiner Sache nicht angenommen und werde das auch weiterhin nicht tun⁴⁹. In Reaktion auf seinen Brief erhält Friedrich vom Kaiser im Oktober 1522 eine Antwort, die ihm, allen Hoffnungen entgegen, die Luthersache nicht erspart: „Wir werden davon unterrichtet“, schreibt der Kaiser, „wie Luthers Lehre täglich und ärger wie zuvor sich in der Deutschen Nation ausbreitet“. Er will diese Entwicklung nicht dulden und fordert den Kurfürsten unmißverständlich auf, seinerseits gegen Luther einzuschreiten⁵⁰. Friedrichs Versuch, sich der Pflichten des Kirchenregiments zu entziehen, stößt hier auf glatte Ablehnung⁵¹.

Schon im September 1522, also noch vor dem Eintreffen des Kaiserbriefes, wendete sich unter der Statthalterschaft Erzherzog Ferdinands die Politik des Regiments. Planitz fürchtete jetzt ein ganzes Heer von Lutherfeinden⁵² und mußte hilflos den steigenden Zorn gegen Luther konstatieren, dessen Angriffe auf die Fürsten, auf die Herzog Georg nicht nachließ hinzuweisen, zunehmend auf Empörung stießen. Die Folge der Neubesetzung des Regiments war der Entschluß, die Luthersache vor den in Nürnberg bereits tagenden Reichstag zu bringen⁵³. Die politische Gerüchteküche verbreitete zunehmend Drohungen gegen und Gehässigkeiten über Luther. Aus guter Quelle, nämlich vom erzbischöflich Magdeburgischen Kanzler, hört man, so berichtet Planitz, daß in Rom offiziell gegen den sächsischen Kurfürsten prozediert werden solle⁵⁴. Graf Hoyer von Mansfeld ver-

⁴⁸ Friedrich an den Kaiser, Nürnberg, 22. Juli 1522; siehe *Wülcker, Virck*, 312, 2.

⁴⁹ Friedrich an Heinrich von Nassau, Nürnberg, 23. August 1522; *Wülcker, Virck*, 189–191.

⁵⁰ Weil Luthers „falsche Leer nit allein im heiligen reiche, sonder in ganzer cristenhait vil zerruttung und aufrur bringen mocht, so begern wir [Karl V.] von dein Lieb [Kurfürst Friedrich] mit sonderm hohem vleys und ernst, du wellest dem cristlichen glauben auch gemainem nutz zu gut, sovil dir muglichen ist, daran und darob sein, damit des Luthers lere und handlung abgethun und nit weiter ausgebraut werde, wie wir uns dann zu deiner Lieb entlichen versehen wellen.“ Kaiser Karl an Kurfürst Friedrich, Valladolid, 28. Oktober 1522; *Wülcker, Virck*, 223, 19–25.

⁵¹ Friedrich hat der kaiserlichen Forderung, gegen Luther einzuschreiten, mit dem Hinweis auf seine Bitte zu Worms widersprochen: Er erinnert den Kaiser daran, „daz E.kai.Mt. ich [Friedrich] zu Wormbs undertheniglich gebeten, mich genediglich in der sachen zu handeln oder zu raten, weil ich der nit verstund, zu erlassen, wie ich dann die stend des reichs dazumal auch gebeten, darauf ich mich der sachen also enteussert. Weil ich dann nu mit alder beladen und der sachen unvestendig, so ist mein underthenig verhoffen, als ich auch bit, E.kai.Mt. wellen mein als eins, der wenig oder garnichts darzu zu tun weiß, nachmals domit genediglich verschonen.“ Kurfürst Friedrich an Kaiser Karl, Colditz, 8. Januar 1523; *Wülcker, Virck*, 312, 21–28.

⁵² „... wirt ein ganz here pöß Lutherisch zusammenkomen; dan man saget hie [in Nürnberg]: herzog Yorge werde sich auch nunmals anher fugen, desgleichen herzog Wilhelm und herzog Ludwigg von Peyernn.“ Bericht vom 20. September 1522; *Wülcker, Virck*, 201, 22–24.

⁵³ Siehe den Bericht vom 14. November 1522; *Wülcker, Virck*, 245, 1923; und den Bericht vom 18. November 1522, einen Tag nach der Eröffnung des zweiten Nürnberger Reichstages; *Wülcker, Virck*, 248, 30–36.

⁵⁴ Ebd. 249, 4–7.

breitet sich über Luthers Lotterleben: Zuvor in Worms sei er – der Graf – gut lutherisch gewesen, habe aber nun befunden, daß Luther ein „lauter bube“, ein Lotterbube, sei, der sich ‚vollsaufe‘ nach Mansfeldischer Gewohnheit. Er hätte auch gern schöne Frauen um sich, schlage auf der Laute und „furet ein leichtfertigkeit leben“. Solches Reden ist keine Ausnahme, an der man achtlos vorbeigehen kann, denn „dergleichen wort und auflege beschicht dem guten man alhie von vill leuten. Ich acht aber, es sei mehr sein lehr, dan sein leben anzusehen.“⁵⁵ Die Gehässigkeiten zeigen sogar bei Planitz ihre Wirkungen, daß er theologisch richtig zwar auf den Gehalt der Lehre setzt, den politisch gewichtigen Gerüchten über Luthers Lebenswandel aber nicht eindeutig zu widersprechen weiß – es könnte doch etwas dran sein!

Daß der am 17. November 1522 in Nürnberg zusammengetretene zweite Reichstag die Empörung der Fürsten nicht in politische Aktionen gegen Luther umgesetzt hat, liegt einerseits am Geschick der kursächsischen Gesandten Philipp von Feilitzsch sowie Hans von der Planitz⁵⁶ und andererseits am Ungeschick der kurialen Diplomatie, die mit dem sogenannten Schuldbekenntnis, das Papst Hadrian VI. durch seinen Legaten Chieregati am 25. November 1522 verlesen ließ⁵⁷, die Bischöfe aufgebracht und die weltlichen Obrigkeiten dazu aufgestachelt hat, nachdrücklich die Abstellung der deutschen Gravamina zu verlangen⁵⁸. Die Luthersache diente als Hebel, den die Reichstagsmehrheit sich nicht selber zerbrechen wollte.

Der Vordergrund des Schuldbekenntnisses und auch der zuweilen offen antikirchlichen Diskussionen auf dem Reichstag droht den Hintergrund der politischen Aktivitäten zu verdecken. Darauf hat Planitz hellseherisch den Kurfürsten hingewiesen, wenn er die – heute hochgelobte – moralische Qualität des Bekenntnisses aufgrund von Informationen, die ihm zur Verfügung standen, bezweifelt. Was der Papst bekennt, ist „in warheit anders nicht dan schmeichlerei“⁵⁹, denn er sucht nicht die Ehre Gottes und des Menschen Seligkeit, sondern die ‚eiserne Rute‘, wie es enthüllend in jenem Breve an Erzherzog Ferdinand heißt, das Planitz vertraulich erhalten hatte und deshalb seinem Gesandtenbericht beilegen konnte. Darin sollte der Kurfürst lesen, was der Papst wirklich dachte: „Wir thun gotte unermessene dangsagung und benedeien sein Maiestat“, so Hadrian an Erzherzog Ferdinand, „... das er dich uns und der heiligen gemeinen cristlichen kirchen und Deutzscher nation geben hat, der sich fur [vor] sein haus zu einer mauern entgegen setzt, der die Ketzer mit der eisern ruten besucht ...“⁶⁰ Die Tatsache, daß der

⁵⁵ Ebd. 249, 30–250, 3.

⁵⁶ Erzherzog Ferdinand hat sich in einem Brief an den Kaiser speziell über Planitz beklagt; *Wülcker, Virck*, 363, Anm. 3.

⁵⁷ Instruktion des Papstes Adrian VI. für Chieregati, die er den Ständen zur Kenntnis bringen soll; DRTA.JR 3, 393–399; Siehe *Heinrich Richard Schmidt*, *Reichsstädte, Reich und Reformation. Korporative Religionspolitik 1521–1529*, 30 (VIEG 122, Stuttgart 1986) 92–99.

⁵⁸ Siehe *Schmidt*, ebd. 105–109.

⁵⁹ Bericht vom 30. Dezember 1522; *Wülcker, Virck*, 295, 19.

⁶⁰ Ebd. 297, 2–11.

Kurfürst auf dem Reichstag nicht öffentlich zur Debatte gestellt wurde, darf also nicht zu dem Schluß führen, daß die Politik der Mächte- und der Reichstagsmehrheit sich in der Lutherfrage geändert hätte. Die ‚eiserne Rute‘, die der Papst erhofft, hat den Gesandten wach gemacht.

4. Drohungen gegen Kurfürst Friedrich

Am 2. Januar 1523 berichtet Planitz zum ersten Male von einer handfesten Drohung. Mit Beginn des neuen Jahres hatte Kurfürst Joachim von Brandenburg seinen Sitz im Regiment eingenommen, dem, kaum eingetroffen, eine Bemerkung entschlüpfte, die Planitz seinem Kurfürsten umgehend meldete: Kurfürst Joachim „besorget, man ging damit umb, wue E.cfl.G. sich dieser sach [Luther] nicht entschlugen, E.cfl.G. umb die cuhr zu brengen“⁶¹. Wenn auch die Räte der Fürsten zumeist „gut Lutherisch“ seien, so entspricht die Äußerung des Brandenburgers dennoch der machtpolitischen Situation, denn die in Nürnberg anwesenden Fürsten stellen sich zumeist gegen Luther, wie Planitz beobachtet. Die Furcht steigt ihm hoch. Ich „weiß nicht, wue ichs hinwenden sall“, klagt ratlos der Gesandte⁶² und weiß dennoch einen guten Rat zu geben, auf den er öfter zurückkommen wird: Es muß sich in Wittenberg selber etwas ändern, konkret: Die Schmähbücher, die dort geschrieben werden, sind einzustellen. Und ferner: „Wen es auch Martinus an einem andern ort ein weil versucht, solde auch nicht unschicklich sein.“ Auch Christus „must oft selbst sein veinde fliehen, desgleichen auch Paulus“. Planitz legt damit nahe, daß Luther nicht seine Lehre verrät, sondern mit seinem Leben in der Nachfolge Christi steht, wenn er Wittenberg verläßt – und damit den Kurfürsten entlastet. Schließlich formuliert Planitz die mißtrauische Anfrage an das Erscheinungsbild, das Luther in der Nürnberger Reichstagsöffentlichkeit abgibt: „Man saget hie offentlich, er [Luther] wolle keinen richter uber sein schrift leiden, auch nicht ein gemein concilium ... Die warheit wußt ich gern.“⁶³

Der Bericht vom 2. Januar über die Drohung und Planitzens Vorschläge haben am Hof Gehör gefunden. Das zeigt sich daran, daß Spalatin umgehend nach Wittenberg schreiben und Luther nach der Bereitschaft fragen mußte, sich von neuem zu verbergen. Dessen Antwort kam am 12. Januar ebenso unverzüglich: „Ne praesumas, me denuo in angulum reversurum esse“ – laß Dir nicht einfallen, ich würde von neuem in den Winkel zurückkehren⁶⁴. Um seinen Willen zur Öffentlichkeit noch deutlicher zu machen, verlangt Luther am 14. Januar, den ‚Götzendienst‘ im Allerheiligenstift abzustellen und das Abendmahl unter beiderlei Gestalt freizugeben. ‚Auf die Schwachen ist nun genug Rücksicht genommen‘ – da-

⁶¹ Bericht vom 2. Januar 1523; *Wülcker, Virck*, 304, 17–19.

⁶² Ebd. 304, 20f.

⁶³ Ebd. 305, 12–20.

⁶⁴ Luther an Spalatin, 12. Januar 1523; *WAB* 3, 15,9.

mit, so kann Spalatin schließen, auch auf die Schwachen in Nürnberg. „Es ist Zeit“, mahnt Luther, „dem Evangelium seinen Ort zu geben.“⁶⁵ Luther verlangt die Öffentlichkeit der Reformation in des Kurfürsten Stift gerade zu einer Zeit, als die kursächsische Diplomatie diese Öffentlichkeit zu verhindern sucht, um dem steigenden Druck von außen entgegen zu können. Planitz selber greift zur Feder, um Luther zu bitten, sich zu mäßigen. Ihm stachen speziell die Provokationen ins Auge, die sich Luther gegenüber Herzog Georg herausnahm⁶⁶.

Die Berichte aus Nürnberg und das eigene Bemühen des Gesandten zeigen, wie ernst die Luthersache damals stand und wie gefährdet die kursächsische Politik der Aussetzung des Kirchenregiments war, die weder Luther noch der Kaiser oder die Mehrheit der Stände akzeptierten. Der beunruhigte Kurfürst beauftragte seinen Gesandten in Nürnberg, falls es ihm geraten schien, offiziell mit einem vorsorglich beigelegten Kredenzbrief, einem Beglaubigungsschreiben, beim Brandenburger Kurfürsten, Markgraf Joachim, nähere Einzelheiten über die Absetzungsdrohung in Erfahrung zu bringen. In welcher Form und von wem die Absetzungsdrohung an diesen gelangt sei, wollte Kurfürst Friedrich wissen⁶⁷. Das hat Planitz am 19. Januar getan und bei einer Unterredung mit dem Markgrafen folgende freundliche, aber nicht weiterführende Antwort erhalten: ‚Der Markgraf habe mir [Planitz] seine Auskunft vertraulich in guter Absicht zukommen lassen, zum Besten E.cfl.G. als einem Freunde. Er sei auch davon ausgegangen, daß ich E.cfl.G. davon unterrichten werde; darum habe er seine Information nicht zurückhalten wollen. Die Nachricht sei so an ihn gelangt, wie er mir berichtet hat; sie wäre ihm von einer Person zugetragen worden, die er für vertrauenswürdig halte. Es sei ihm jedoch nicht möglich, den Namen dieser Person preiszugeben, denn die Auskunft sei ihm vertraulich erteilt worden.‘ In der Sache wiederholte der Markgraf also, was er dem Gesandten schon mitgeteilt hatte, er gab aber auch weitere Hinweise, deren Inhalt allerdings schwierig zu entschlüsseln ist: Es „stunde wahrlich zu besorgen, das man wider E.cfl.G. handeln mocht als einen ungehorsamen, wie man sagen wolte kei.Mt., und in den sachen, darumb auch ein keiser zu entsetzen were“. Das soll wohl heißen: Es stehe wahrlich zu besorgen, das man gegen Friedrich als einen ungehorsamen Fürsten einschreite, wie man das dem Kaiser gegenüber begründen will, denn schließlich gehe es um Angelegenheiten, deretwegen auch ein Kaiser abzusetzen wäre. Der Markgraf berichtet weiter, daß man möglicherweise daraufhin arbeite, die sächsische Kur an das Haus Österreich zu

⁶⁵ Luther an Spalatin, 14. Januar 1523; WAB 3, 16,5–11.

⁶⁶ Der Planitzbrief ist nicht erhalten, wohl aber Luthers Antwort vom 4. Februar 1523: „Ich [Luther] weiß auch wohl, daß meine Schriften fast allesamt der Art gewesen sind, daß sie zuerst angesehen gewest, als seien sie aus dem Teufel, und man besorgete, der Himmel würde balde fallen. Aber hernach ist's bald anders geworden. Es ist itzt an der Zeit, daß man die großen Häupter, vorhin ungewohnet, antastet. Und was Gott im Sinn hat, wird man sehen zu seiner Zeit“ - WAB 3, 27, 17–22. Luther ist sehr freundlich auf Planitzens guten Willen eingegangen, wird in der Sache die Sorgen des Diplomaten aber nicht verringert, sondern eher verstärkt haben – auf was wird man sich einzustellen haben, wenn jetzt die Zeit gekommen ist, die großen Häupter anzutasten?

⁶⁷ Kurfürst Friedrich an Planitz, Colditz, 11. Januar 1523; *Wülcker, Virck*, 315f.

bringen, „wue sich E.cfl.G. des Luthers nicht entschlugen“⁶⁸. Planitz wies den Markgrafen darauf hin, daß er nicht annehmen könne, sein Kurfürst habe sich eines Vergehens schuldig gemacht, das zur Absetzung von Kaisern führt. Er wiederholte, was der Kurfürst seit dem Reichstag von Worms gegenüber dem Kaiser und den Ständen habe verlauten lassen, daß er sich „der Lutherischen sach nie angenommen“⁶⁹. Planitz erörtert in seinem Bericht die Frage, die auch den Betrachter von heute bewegt, ob dieses Reden von der Absetzung des Kurfürsten ernst zu nehmen sei. Auf der Ebene des diplomatischen Ringens kann man sich vorstellen, daß ein fürstlicher Rat – „einer meins gleichen“ – solche Drohungen als Finte erfindet, um den störrischen Widerpart gefügig zu machen: „... dan sulch ding kan einer woll vorwenden, darnoch ehr der sach gneiget die sachen zu beschweren, domit er bewegen wolde, das zu thun, das er gern sehe.“ Doch daß der Markgraf solche Praktiken einsetze, ist nur schwer vorstellbar: „... weil es von hochgedachtem meinem gnsten [gnädigsten] hern, dem curfursten zu Brandenburgk, vorgewant, ßo mag es villeicht die meinung [daß die Drohung eine politische Finte sei], wie ich Sorge trage, nicht haben.“⁷⁰ Offen bleibt, ob Planitz mit guten persönlichen Beziehungen zwischen den beiden Landesherrn rechnet, oder ob er auf die fürstliche Solidarität setzt, die es verbietet, daß ein Kurfürst dem anderen mit Absetzungsdrohungen kommt.

Die Warnungen des Brandenburger Markgrafen waren der Anfang. Darüber hinaus verdichteten sich die Gerüchte, daß die Kurie gegen Friedrich prozessieren wolle – da könnte also jener Absetzungsgrund der Untreue gegenüber dem Glauben konstruiert werden, der einen Kaiser um die Krone bringt. Dem sächsischen Kurfürsten ist ein „zettel“ – wohl ein anonymes Pamphlet – zugekommen, der anzeigt, wie man sich in Rom die Verfolgung Friedrichs vorstellt. Leider ist dieser Zettel, den Friedrich nach Nürnberg gesendet hat, verloren gegangen⁷¹. Mitte Januar aber trifft ein – unzweifelhaft echtes – Breve des Papstes am Hofe ein⁷², das dem Kurfürsten den Vorwurf nicht ersparte, sein Versprechen gegenüber Cajetan noch immer nicht erfüllt zu haben, Luther umgehend zu bestrafen, wenn die Kir-

⁶⁸ Bericht vom 19. Januar 1523; *Wülcker, Virck*, 329, 33–330, 16.

⁶⁹ Ebd. 330, 20f.

⁷⁰ Ebd. 330, 34–38.

⁷¹ Kurfürst Friedrich an Planitz, Grimma 1523; *Wülcker, Virck*, 342, 26–28.

⁷² Das Breve ist auf den 1. Dezember 1522 datiert, das der Nuntius Chierigati in einem Schreiben vom 1. Januar 1523 erwähnt: „Indessen erinner ich E.Hht. und bitt sie mit ganzem gemut, sie welle mit vleis beherzigen und verbringen das, so der heiligst babst mit vetterlicher lieb von seines hirtenampts wegen von irer Hht. in irem bebstlichen brief aufs hochst beger.“ *Wülcker, Virck*, 300, 24–27. Das Breve ist veröffentlicht in DRTA.JR 3, 406–410. In der Erlanger Lutherausgabe (var. arg. 6, 478–491, dt.:Walch² 15, 2110–2124) ist ein gefälschtes Hadriansbreve abgedruckt – möglicherweise der „zettel“ –, das die Wut gegen den Kurfürsten offenbart, daß er sich dazu hergegeben habe, Luther nicht zu bestrafen oder auszuliefern. Am Ende steht die offene Drohung: „Quare revertamini ad cor, respiscite, tu [Fridericus Elector] tuique seducti Saxones, nisi utrumque gladium Apostolicum simul et Caesareum olim velitis experiri“ – darum bekehrt euch wieder und tut Buße, Du und Deine verführten Sachsen, wenn ihr nicht beide Schwerter, das päpstliche und das kaiserliche, einst erfahren wollt. EA var. arg. 6, 491.

che seine Lehren verurteile. Die Bannbulle ist aber längst ergangen und auch das Wormser Edikt, doch der Feuerbrand der Häresie noch immer nicht gelöscht. Der Papst fordert vom Kurfürsten dafür zu sorgen, daß Luther und seine Anhänger entweder auf den rechten Weg zurückgebracht oder mit Gewalt in Zucht genommen werden⁷³. Die Nachrichten aus Nürnberg und das Breve haben den Kurfürsten so beunruhigt, daß er seinen Bruder konsultiert⁷⁴ und durch Spalatin sogar die Wittenberger Theologen einschaltet mit der aufgeschreckten Frage, „ob ein Fürst seine Unthertanen wider des Kaisers oder anderer Fürsten Verfolgung um des Glaubens willen mit Krieg schützen möge“? Vor einer solchen Frage hat der Kurfürst nie zuvor in seinem Leben gestanden. Luther, Melanchthon, Bugenhagen und Amsdorf haben jeweils unter ihrem Namen Gutachten zusammengestellt, die – um den 8. Februar 1523 verfaßt – dem geistlichen Rat unterbreitet wurden⁷⁵. Die Antworten der Gelehrten sind nicht abgesprochen und deshalb nicht einheitlich; sie reichen von der Warnung, dem Kaiser mit Gewalt zu widerstehen, bis zur Auffassung, daß ein Fürst als Diener des Gesetzes verpflichtet sei, das Christenvolk zu schützen⁷⁶. Enthüllender als der differierende Inhalt dieser Gutachten ist die Tatsache ihrer Existenz: Bereits zur Jahreswende 1522/1523 sah der Kurfürst sein Haus um der neuen Lehre willen so bedroht, daß er die Gewalt

⁷³ DRTA.JR 3, 408, 9–25; 409, 33–410, 1.

⁷⁴ Kurfürst Friedrich an Herzog Johann, Colditz, 19. Januar 1523: „E[uer]. l[iebden]. schicke ich eyn abschrift eyns schreybens, so mir des babist nuncius [Chieregati] in korczen tagen ... had überschicken lassen, dar auß e. l. beffunden, wyhe ich gegen dem babst bin dar gegeben und was der babist guthes von mir schreybet.“ Der Kurfürst bittet um Rat, den Johann doch seinem Kanzler mitteilen solle, sonst möge er das Breve aber geheim halten. „e.l. sehen, whe man mir von allen tayllen zcu seczhet, nuhe der almechtig got schicke eß nach ßeynem gotlichen wyllen, mir armen sunder zcu trost“. *Carl Eduard Förstemann*, Neues Urkundenbuch zur Geschichte der evangelischen Kirchen-Reformation (Hamburg 1842 [Hildesheim 1976]) 25.

⁷⁵ Die Inhaltsangabe als Überschrift bei *E. L. Enders*, Dr. Martin Luther's Briefwechsel, Bd. 4, 76. Kritische Ausgabe aller Gutachten durch *Eike Wolgast* in WAB 12, 35–45. Darauf fußt die Ausgabe von *Heinz Scheible*: Das Widerstandsrecht als Problem der deutschen Protestanten 1523–1546 (Texte zur Kirchen- und Theologieggeschichte 10, Gütersloh 1969) 17–19. Die Anfragen, die Spalatin den Wittenbergern zukommen ließ, lauteten wohl präziser als die Überschrift bei *Enders* zu erkennen gibt. Man kann einigen Bemerkungen der Gutachten entnehmen, daß eine der Fragen möglicherweise lautete, ob der Fürst die Verteidigung des Glaubens nur mit Zustimmung seines Volkes führen dürfe; eine andere Frage lautete, ob ein christliches Volk berechtigt sei, die Verteidigung des Glaubens durch das weltliche Schwert zu fordern. Vgl. WAB 12, 36.

⁷⁶ Eingehend hat *Eike Wolgast* diese Gutachten besprochen in: Die Wittenberger Theologie und die Politik der evangelischen Stände. Studien zu Luthers Gutachten in politischen Fragen (Quellen und Forschungen zur Reformationsgeschichte 47, Gütersloh 1977) 101–108. Die Auffassung, Spalatin habe ohne Weisung des Kurfürsten aus eigenem Ermessen den Wittenberger Theologen in dieser brisanten Zeit zu einer derart brisanten Frage Gutachten abgefordert, wird zwar diskutiert, geht aber am politischen Geschäftsgang des Hofes weit vorbei. Der Rat des sächsischen Kurfürsten ist keine Privatperson, die auf eigene Faust aus Wissensdurst heikle politische Problemstellungen in die Welt setzt. Spalatin hat alle Gutachten übersetzt, „zweifelloß für Kurfürst Friedrich den Weisen“ (WAB 12, 37), also hat er diese auch im Auftrag des Kurfürsten eingeholt.

der Waffen fürchtete und sich zu dem Schritt entschloß, seine Gelehrten über das Widerstandsrecht befragen zu lassen. Die Tatsache der Frage ist bereits die Antwort auf das sichere Wissen aus der Rückschau, daß nichts gewesen sei außer Praktiken und Finten. Der Kurfürst hält die Reichsacht und die sich anschließende Reichsexekution für möglich.

Spalatin hat von Melanchthon auch Gutachten zum päpstlichen Breve eingefordert⁷⁷ und darauf bauend eine Antwort verfaßt, deren Verwendung allerdings nicht mit völliger Klarheit aufzuhellen ist. Adolf Wrede mag in der Aktenedition zum zweiten Nürnberger Reichstag den Vorgang richtig getroffen haben⁷⁸, wenn er davon ausgeht, daß Spalatins Antwort dem Papst nicht schriftlich übermittelt worden sei, sondern in die Instruktion eingearbeitet wurde, die Planitz mit Anschreiben vom 16. Februar 1523 vom Kurfürsten erhalten hat, damit er die sächsische Botschaft dem Legaten mündlich übermittle. Diese Instruktion wiederholt wortreich und inhaltsleer den Verlauf der Luthersache seit den Augsburger Geschehnissen 1518 und geht über das angebliche Versprechen mit dem Hinweis hinweg, daß Friedrich sich Luthers niemals angenommen habe. Der Kurfürst wollte und wolle nicht anderes, „dan sich als christlicher mensch und gehorsamer son der hailigen christlichen kirchen zu halden“. Er ist bereit, sein Verhalten vor dem Kaiser oder dem Regiment zu verantworten – ein gefährliches Angebot⁷⁹. Die kurfürstliche Instruktion zielt also auf den Nachweis, daß keinerlei Argumente vorhanden seien, den Kurfürsten des Ungehorsams gegenüber der Kirche und dem Reich zu zeihen und deshalb gegen ihn vorzugehen.

Schriftlich liegt nur eine kurze, noch formālere Antwort vor, die sich des Ansinnens in diesem Breve verwarht und von neuem den Gehorsam gegenüber der Kirche betont⁸⁰. Zu einer Audienz samt Aushändigung der schriftlichen Antwort ist es jedoch nicht gekommen, da Chieregati Nürnberg bereits verlassen hatte⁸¹, so daß Planitz den Antwortbrief und den Inhalt der Instruktion nach Rom sendete, das Anerbieten der Rechtfertigung vor dem Kaiser oder dem Regiment im Einverständnis mit dem Kurfürsten aber ausließ⁸².

⁷⁷ Vgl. Melanchthons Briefwechsel, Bd. 1, Regesten, hrsg. v. H. Scheible (Stuttgart 1977) 141 Nr. 261, 262. Texte in: Melanchthons Briefwechsel, Bd. 2, Texte, hrsg. v. H. Scheible (Stuttgart 1995) 34–38 Nr. 261; 38–41 Nr. 262; Supplementa Melanchthoniana 6,1: Melanchthons Briefwechsel, hrsg. v. O. Clemen (Leipzig 1926 [Frankfurt 1968]) 210f., Nr. 283 (Einleitung zu beiden Gutachten).

⁷⁸ Vgl. DRTA.JR 3, 406f Anm. 1.

⁷⁹ Instruktion des Hofes an Planitz, 16. Februar 1523; Wülcker, Virck, 367f; vgl. Höss, Spalatin 246.

⁸⁰ Ich [der Kurfürst], „zweifel nit, E. Ht. haben solchs schreiben nicht aus eigenem bewegnus sonder meiner mißgunstigen angeben gethan“. Wülcker, Virck, 369f., Anm. 3.

⁸¹ Berichte vom 24. und 28. Februar; Wülcker, Virck, 376, 28f.; 383, 29–32.

⁸² Kurfürst Friedrich an Planitz, Lochau, 11. März 1523; Wülcker, Virck, 395, 15–25 (Einverständnis des Kurfürsten mit dem Vorgehen und der Änderung). Offizielles lateinisches Schreiben Planitzens an Nuntius Chieregati, Nürnberg, 24. März 1523; Wülcker, Virck, 411–414.

5. Herausforderungen aus Wittenberg

An eben demselben 16. Februar, als vom Hof in der Lochau die Instruktion zur Antwort des Kurfürsten an den Papst abgesendet wurde, berichtet Planitz von Nürnberg aus über den Skandal der Beleidigung Herzog Georgs, der von neuem nach Nürnberg gereist war und im Regiment wiederum für Bewegung gegen Luther sorgte. Dieser hatte nämlich im ‚Missive an Hartmut von Kronberg‘ den Herzog unter Verhüllung des Names als „die wasser blaße N“ verhöhnt, die dem Evangelium abgesagt habe, wie im Wittenberger Originaldruck zu lesen steht. In einer Straßburger Auflage aus der Offizin von Wolf Klöpffel wird dann Klartext gedruckt: Einer der Feinde Christi „ist furnemlich die wasser blase Hertzog Jörg zu Sachsen, trotzts dem hymell mit yhren hohenn bauch und hatt dem Euangelio entsagt, hatts auch ym synn, er wöll Christum fressen wie der wolff eyn mucken ...“⁸³ Wie zu erwarten, hat sich der Verhöhnnte den Vorgang nicht entgehen lassen, Luther zunächst brieflich zur Rede gestellt⁸⁴ und schließlich den gesamten Vorgang, den Druck, sein Schreiben an Luther und dessen freche Antwort⁸⁵ zusammengefaßt und die Akte dem Reichstag wie dem Regiment zugänglich gemacht mit der Bitte um Rat, „wie er den Luther solde zu recht brengen, domit sein [des Herzogs] unschult an tag komme“, wie Planitz berichtet und sarkastisch den Sankt-Nimmerleins-Tag als Beratungstag vorschlägt: Man solle Georg auf das nächste Konzil verweisen, welches „in einem jar (wue es anders geschiecht) sall angefangen werden“⁸⁶. Der Spott sollte dem Gesandten noch vergehen.

Das Regiment mußte eine Entscheidung treffen, und die Umfrage unter den Mitgliedern eröffnete zwei Vorgehensmöglichkeiten: Das Regiment fordert den Kurfürsten auf, Luther zu bestrafen. Hätten die Regenten sich darauf geeinigt, wäre die Situation eingetreten, die Planitz in jedem Falle vermeiden wollte, daß sein Herr gezwungen würde, kontrollierbar und nicht nur mit Worten gegen Luther vorgehen zu müssen, sich möglicherweise dann aber dem Vorwurf des Ungehorsams auszusetzen. Glücklicherweise entschied sich die Mehrheit für die zweite Möglichkeit, daß die beiden Sachsenherzöge die Sache unter sich so ausmachen, daß Herzog Georg sich an den Kurfürsten wende mit der Bitte, dem Wittenberger sein Mißfallen auszusprechen⁸⁷. Markgraf Joachim, Kurfürst von Brandenburg, und das „pfefflein von Augsburg“ – Bischof Christoph von Stadion – haben jedoch den amtierenden Statthalter, jetzt wieder Pfalzgraf Friedrich, dazu bewegt, diesen Beschluß zu durchbrechen und den Kurfürsten direkt, vom Regiment aus,

⁸³ Ein Missive an Hartmut von Cronberg (1522); WA 10,II, 55, 22–25. Zur Version des Klöpffeldruckes, in der WA als Druck C bezeichnet, siehe den Apparat zu 55, 22f.

⁸⁴ Herzog Georg an Luther, Dresden, 30. Dezember 1522; WAB 2, 642.

⁸⁵ Luther an Herzog Georg, Wittenberg, 3. Januar 1523. Der Briefeingang spricht bereits für sich: „Aufhören zu toben und zu wüeten widder Gott und seynen Christ anstatt meynes [Luthers] diensts zuvor! Ungnediger furst und herr! ...“ WAB 3, 4, 5f; *Felician Gess* I, 418f.

⁸⁶ Bericht vom 16. Februar 1523; *Wülcker, Virck*, 374, 19 – 375, 3. Der Brief Georgs vom 4. Februar 1523 an das Regiment bei *Gess* I, 456–458.

⁸⁷ Bericht vom 28. Februar 1523; *Wülcker, Virck*, 379, 25–31.

anzugehen. Planitz hat darüber die heftige Auseinandersetzung mit den fürstlichen Regimentsmitgliedern und mit dem Statthalter nicht gescheut und dafür gesorgt, beim Mehrheitsbeschluß zu bleiben⁸⁸. Deutlich aber ist, daß sich die Stimmung gegen Luther versteift: „Ich [Planitz] wolt, das E.cfl.G. [Kurfürst Friedrich] wissen solden, was wir vor ein wessen diß quartall gehabt haben. Als balde der Luther ader etwas, das innen betraff, auf die ban kame, ßo ware feuer in allen gasen, zum teil auch noch.“⁸⁹

Am 6. oder 7. Mai 1523 ist dem kursächsischen Hof jenes Mandat des Reichsregiments in der Luthersache zugegangen, das auftragsgemäß den Abschied des zweiten Nürnberger Reichstags exekutiert. Dieses Mandat, soweit es dem Abschied folgt, verfügt ein Predigtmandat für das Interim bis zum Konzil: Ein jeder Kurfürst und Fürst sowie die anderen Stände des Reiches haben anzuordnen, „daß mittler Zeit nichts anders gepredigt werde als das heilige Evangelium nach Auslegung der Schriften, die von der christlichen Kirche approbiert und angenommen sind“. Es folgt als Druckmandat, „daß auch weiter nichts Neues gedruckt und verkauft werde, es sei denn zuvor durch gelehrte Personen, die dazu besonders verordnet werden sollen, zensiert und zugelassen worden“.⁹⁰ Das gilt für das gesamte Reich. Dem sächsischen Kurfürsten aber wird in einem eigenen Anschreiben vom 6. März 1523 eine Sonderkondition auferlegt: daß „Luther und seine anhenger nichts neues bis auf das kunftig concilium schreiben oder trucken lassen“⁹¹. Das Mandat verhängt also für alle Autoren das allgemeine Zensurgebot, für Luther hingegen und seine Anhänger gilt für die Zeit des Interims das grundsätzliche Druckverbot.

Der Kurfürst hat gegen diese Sonderauflage zwar protestiert, das Regimentsmandat aber dennoch veröffentlicht. Er entsandte Hieronymus Schurf mit der Abschrift beider Mandate nach Wittenberg, damit er mit den Betroffenen über deren Einhaltung verhandle⁹². Luther erklärte sich tatsächlich bereit, dem Mandat Folge zu leisten, allerdings unter der einen, der sächsischen Diplomatie nicht gerade förderlichen Voraussetzung, daß auch seine Gegner schweigen würden⁹³.

Wie man die Effektivität des Reichstags- und Regimentsmandats auch immer beurteilt, so ist doch eine Rechtslage entstanden, die es erlaubt, das seit Mai 1523 offizielle Reichsmandat zur Lutherfrage als Ablösung des kaiserlichen Wormser Edikts zu deuten⁹⁴. Diesem Mandat hat Kurfürst Friedrich Gehör verschafft und damit nach innen und außen angezeigt, daß er dem Willen der Stände und des Re-

⁸⁸ Vgl. ebd. 379, 32–380, 36.

⁸⁹ Ebd. 381, 6–9.

⁹⁰ Mandat des Reichsregiments vom 6. März 1523; DRTA.JR 3, 449, 24–30.

⁹¹ Schreiben des Reichsregiments vom 6. März 1523 an Kurfürst Friedrich; *Wülcker, Virck*, 391, 22 f. DRTA.JR 3, 449 f. Anm. g.

⁹² Kurfürst Friedrich an Planitz, Colditz, 10. Mai 1523; *Wülcker, Virck*, 434, 8–13. Siehe *Georg Berbig*: Spalatin und sein Verhältnis zu Luther auf Grund ihres Briefwechsels bis zum Jahre 1525 (Quellen und Darstellungen aus der Geschichte des Reformationsjahrhunderts 1, Halle 1906) 214 f.; *Höss*, Spalatin 248.

⁹³ Luther an Kurfürst Friedrich, Wittenberg, 29. Mai 1523; WAB 3, 77, 83–102.

⁹⁴ Siehe dazu unten Anm. 117.

giments zu folgen gesonnen sei. Das Signal ist deutlich: Es gibt kein Argument für den Versuch, den Kurfürsten des Ungehorsams gegenüber dem Reich zu beschuldigen.

In dieser angespannten Situation des Frühjahrs 1523 haben sich Verbindungen bewährt, die der kurfürstliche Hof zu einem Vertrauensmann am erzherzoglichen Hof in Innsbruck unterhalten hat. Der Verbindungsmann war Balthasar Wolf von Wolfsthal, Nürnberger Patrizier, einer der wohlhabendsten Familien der Stadt entstammend und erfahrener Hofmeister Erzherzog Ferdinands, denn Wolf gehörte schon zu den Räten Kaiser Maximilians, seit 1501 als Kammermeister in der Innsbrucker Rechenkammer⁹⁵. Seine Verbindungen zum sächsischen Kurfürsten sind so eng, daß beide in regelmäßigem Briefkontakt stehen und Friedrich, wenn er in Nürnberg weilt, in Wolfs Hause residiert. Zu den Vertraulichkeiten, die Wolf gegen Ende Juni 1523 an Planitz gelangen läßt, gehörten Nachrichten zur Ketzerbekämpfung durch Erzherzog Ferdinand, der sogar den Einsatz der Folter nicht scheut⁹⁶, und weit alarmierender die Überlegungen am Innsbrucker Hof zur sächsischen Kurwürde. Der Erzherzog selber und sein Rat Cyriax von Polheim äußern sich so, „als sei ein anschlag vorhanden, durch bapst und keiser E.cfl.G. [Kurfürst Friedrich] zu entsetzen von der cuhr und herzog Yorgen zuzueigen“. Auch das Haus Österreich werde als Erbin der Kurwürde ins Spiel gebracht, doch eine „geistliche person“ mahnte zur Besonnenheit – Planitz vermutet Bernhard von Cles, den Bischof von Trient: ‚Es wäre jetzt nicht an der Zeit, dergestalt davon zu reden‘, hat die Person eingeworfen und die Warnung vor dem grassierenden Antiklerikalismus hinzugefügt: „wen man gleich E.cfl.G. [Kurfürst Friedrich] und den Luther vobrent hett, dennochst were des Luthers wessen nicht vordilget. Dan die sachen weren iczunt dermassen gestaltt, wue ir drei bei einander stunden, weren ir 2 aufs wenigste Lutherisch ...“⁹⁷ Was Balthasar Wolf berichtet, stimmt mit dem überein, was im Januar 1523 auch Markgraf Joachim hatte verlauten lassen⁹⁸. Da die Nachricht von einem Vertrauten aus dem Kreis der Innsbrucker Räte stammt, hat Planitz in der Tat Grund zur Beunruhigung. Diese wird zusätzlich durch Herzog Georg geschürt, der von neuem im Regiment die weltlichen Reichsfürsten zu vertreten hat, sich aber seiner Pflicht verweigert angesichts eines Regiments, das nicht bereit sei, seine Ehre als Reichsfürst vor Luthers Schimpf zu schützen⁹⁹. Der Herzog ist gewiß aufgebracht, spielt aber auch kalkuliert beleidigt, um dem Regiment eine Aktion abzuwingen angesichts der Unverfroren-

⁹⁵ Siehe *Emil Reicke*, Willibald Pirckheimers Briefwechsel, Bd. 1 (Veröffentlichungen der Kommission zur Erforschung der Geschichte der Reformation und Gegenreformation. Humanistenbriefe Bd. 4, München 1940) 79f., Anm. 8; *Manfred Holleger*, Maximilian I. und die Entwicklung der Zentralverwaltung am Hof (Diss. phil. Graz 1983) 146.

⁹⁶ Bericht vom 4. Juli 1523; *Wülcker, Virck*, 477, 10–14.

⁹⁷ Ebd. 477, 10–25.

⁹⁸ Siehe oben Anm. 61, 68.

⁹⁹ Georg weist am 8. Juli 1523 vor dem Regiment daraufhin, daß er der einzige in Nürnberg anwesende Fürst sei, so daß man ihm nachsagen werde, die „wasserplaß“ dränge sich vor – Luthers Hohn hat getroffen. Planitz berichtet, daß Herzog Georg von Regimentsmitgliedern seitdem als Wasserblase verlacht werde. Bericht vom 11. Juni 1523; *Wülcker, Virck*, 485, 12f.

heit, daß Fürsten „schelk und buben gescholten“ werden¹⁰⁰. Welche Kränkung denn gemeint sei, fragen die Regimentsmitglieder zurück. Die Antwort kommt präzise mit der richtigen Literaturangabe: „... der Luther hett ein buchlein gemacht von der weltlichen oberkeit, do stunde es mit claren worten innen, das were zu Wittenbergk gedrugkt; wue das regement keins hette, wolde er im gern eins schigken.“¹⁰¹ Trotz seines Zorns redet Georg noch mit Planitz, dringt aber mit einer Drohung auf ihn ein: Er habe von Plänen gehört, „das man die cuhr vom haus Sachsen nemen und wenden und einem andern zueigenen wolde, darumb das E.cfl.G. [Kurfürst Friedrich] den Luther in irem lande duldeten, den auch handhabeten und vorteidichten, alles wider kei.Mt. mandat und des babstes gebott und der sachen halben, darumb man auch einen babst und auch einen keiser abseczen mocht“. Von neuem also taucht die bereits bekannte Rechtsbegründung für eine mögliche Absetzung auf. Georgs Informant habe auch verlauten lassen, daß man schon längst die Absetzung in Erwägung gezogen habe und sie auch durchgesetzt hätte, wenn man den Kurfürsten nicht hätte schonen wollen. „Man konde aber die lenge domit nicht aufziehen.“¹⁰² Planitz ist der Auffassung, daß Herzog Georg für solche Pläne offen sei. Er werde die Kur ohne weiteres annehmen „und vorwenden, es were pesser, das die chur bei dem haus zu Sachsen blibe, dan das sie an fremde hant komen solde. Do besorget ich, wurde wider libe noch freuntschaft ir wirkung haben, wie dan der welt lauf ist.“¹⁰³ Die Nachrichten über die Pläne zur Absetzung häufen sich also und stimmen überein, so daß es nicht überrascht, wenn der Hof zunehmend beunruhigt ist. Auch Herzog Johann läßt sich von den Drohungen schrecken, wie er am 29. Juli 1523 seinem Bruder schreibt: „... das man e[uer].l[iieb]. wyll van der kurren entsetzen byn ich warlichen sere erschrocken und where warlichen eyn schwinder und ein erschrecklicher handel ...“¹⁰⁴

Aus Wittenberg wird nach Auffassung des Nürnberger Gesandten immer wieder von neuem das Material geliefert, das gegen den Kurfürsten Verwendung finden kann. Luthers Schrift „Wider die Verkehrer und Fälscher kaiserlichs Mandats“ (1523) gehört dazu, die an den Statthalter und das Regiment gerichtet ist¹⁰⁵ und dort auch zur Kenntnis genommen wurde. Es sind, so Planitz „eczliche unzeitige wort“ darinnen, die besser unterblieben wären, da sie „nichts edifficieren dan allein ergernuß und merung des widerwillens ursachen“. Planitz wiederholt mit einem Stoßseufzer, was er mehrfach schon ins Gespräch gebracht hat: Ich

¹⁰⁰ Ebd. 485, 14f.

¹⁰¹ Ebd. 485, 34–486, 1. Herzog Georg hat recht gelesen und Luther hat nicht unterlassen, die „wasserblaßen“ von neuem zu reizen: Von weltlicher Oberkeit, wie weit man ihr Gehorsam schuldig sei (1523); WA 11, 247, 5–20.

¹⁰² Bericht vom 15. Juli 1523; *Wülcker, Virck*, 489, 25–490, 1. Planitz vermutet Herzog Heinrich von Braunschweig als Georgs Informanten, der in Innsbruck gewesen sei und dort etwas mitbekommen haben könnte. Ebd. 490, 12–15.

¹⁰³ Bericht vom 22. Juli 1523; *Wülcker, Virck*, 494, 3–6.

¹⁰⁴ *Theodor Kolde*, Friedrich der Weise und die Anfänge der Reformation. Eine kirchenhistorische Skizze mit archivalischen Beilagen (Erlangen 1881) 53.

¹⁰⁵ WA 12, 62–67.

„mocht vor mein person woll leiden, das es vorblibe, und doctor Martinus an einem andern ort es auch ein weil vorsuchet“¹⁰⁶.

6. Der Alptraum der Koalitionen

Die Gerüchte über die Absetzungsüberlegungen verdichteten sich, und Planitzens Rapport vom 27. Juli 1523 geriet zum Bericht seines Erschreckens und zum Brandbrief, um den Hof zu alarmieren: Graf Eberhard von Königstein (Taunus) ergehe sich in Andeutungen, es werde ein Wetter über den Kurfürsten aufziehen, denn „eczlich fursten haben vor, etwas zu thun“. Genauer es will oder kann der Graf nicht sagen, nur so viel, daß er an irgendeinem Ort mit einem militärischen Ablenkungsmanöver rechne und „... unvorsehen werden sie E.cfl.G. [Kurfürst Friedrich] etwas darein schlahen und alles von des Luthers wegen; dan es were gewißlich ein wetter am himel, es kem hinaus, wue es wolde ...“¹⁰⁷ Planitz ist in großer Sorge, „es sei etwas vorhanden und nicht ein cleine practica“¹⁰⁸. Er deutet die Nachricht des hessischen Grafen in überraschender Weise, da er ein Bündnis Herzog Georgs mit dem hessischen Landgrafen befürchtet. „Die rede geht alhie, das herzog Yorge bei dem lantgraven sall gewest sein sint der zeit, als er von hinnen [von Nürnberg] gezogen; ßo verstunde ich von dem graffen ßovill, das der lantgraff gewißlich der eine sei.“¹⁰⁹ Falls dieser Verdacht Anhalt hat, betritt Landgraf Philipp die Bühne der reformatorischen Außenpolitik weit früher, als bisher sichtbar wurde, dann aber auf der anderen, der lutherfeindlichen Seite. Auch aus dem Abstand heraus ist noch zu ermessen, wie die Hinweise des Grafen den Gesandten alarmiert haben, denn das politische Miteinander von Herzog Georg und Landgraf Philipp ist tatsächlich so eng gewesen, daß der junge Graf zu Anfang 1524 Georgs Tochter Christine ehelichte. Planitz fürchtete offenbar im Sommer 1523, daß mit dem Hessen und dem Albertiner die Mächtekonstellation zusammengefunden hätte, die fähig und auch willens wäre, eine eventuelle Reichsacht gegen Kurfürst Friedrich zu exekutieren. Planitz ergänzt das beängstigende Bild: Heinrich von Thüngen, Kanzler von Kurtrier, verbreitet, auf der Ebernburg seien Briefe Luthers an Sickingen gefunden worden, die zum Überfall auf Trier raten¹¹⁰. Planitz weiß, was solche Nachrichten bezwecken, völlig unabhängig davon, ob sie

¹⁰⁶ Bericht vom 16. Juli 1523; *Wülcker, Virck*, 491, 20–26. Was Planitz an Luthers Schrift gestört haben wird, ist der Ausfall gegen jene Tyrannen, die mit Feuer und Schwert entlaufene Mönche verfolgen. Vgl. WA 12, 66, 37–67, 12.

¹⁰⁷ Bericht vom 27. Juli 1523; *Wülcker, Virck*, 501, 18–36. Mit dem befürchteten Ablenkungsmanöver könnte der Zug des schwäbischen Bundes gegen die fränkische Ritterschaft gemeint sei, wie Planitz in seinen Berichten schon einmal angedeutet hatte, als er von den Gerüchten sprach, der Bund habe zwei Flecken in der ernestinischen Grafschaft Coburg erobert. Siehe den Bericht vom 13. Juni 1523; *Wülcker, Virck*, 462, 20–463, 1.

¹⁰⁸ Bericht vom 27. Juli 1523; *Wülcker, Virck*, 502, 1–3.

¹⁰⁹ Ebd. 502, 3–5.

¹¹⁰ 502, 7–10.

zutreffen oder nicht. Mit dem Hinweis auf solche Dokumente wird die Behauptung verbreitet, daß Luther in Brandbriefen zum Bruch des Landfriedens aufrufe, so daß der Gesandte die Gefahr heraufziehen sieht, daß die Kriegsfürsten gegen Sickingen, zu denen der Landgraf gehört, „sich mit hulf und ratt herzog Yorgen etwas understehen dorften, bei E.cfl.G. zu suchen, innen den Luther zu <über>antworten ader den selbst gefenglich anzunemen; wue nicht, gedechten si innen zu holen etc“. Wenn Kaiser und Papst angesichts der Nachrichten über Luther den Friedensstörer tatsächlich Ernst machen, wenn also „des keisers mandatt ader bevell, desgleichen auch des babsts mit einkeme, das dan alles woll mochlich und zu besorgen stett“¹¹¹, dann ist die Koalition auch reichs- und kirchenrechtlich gedeckt. Ob die Reichsfürsten aus Solidarität einen militärischen Schlag verhindern würden? Die Aussichten stehen nicht gut, denn längst nicht nur Herzog Georg, sondern viele Fürsten reagieren schockiert auf Luthers Buch ‚Von weltlicher Obrigkeit‘. Sogar der Statthalter, Pfalzgraf Friedrich, läßt sich jetzt drohend vernehmen: „Mancher schwige iczunt des buchleins halben; es mocht aber ein zeit komen, das einer auch sein nottorft redet.“¹¹² Planitz ist davon überzeugt, daß man mit dem Ernstfall rechnen muß: Die Menge der Fürsten samt dem Kaiser werden die Verhaftung Luthers verlangen und, falls diese nicht geschehe, gegen den Kurfürsten vorgehen. Es bedarf deshalb des vorbeugenden Konzepts, das Planitz dem Kurfürsten in diesem Bericht und einer beigefügten Nachschrift umreißt:

1. Luther muß aus Wittenberg weichen, sogar „aus E.cfl.G. furstenthum gethan“ werden, und zwar bevor ein Auslieferungsantrag eingeht¹¹³. Das ist die einschneidende Forderung, die zeigt, wie sehr das Problem brennt.

2. Balthasar Wolf berichtete von der Stimmung am Innsbrucker Hof, wo der Kurfürst als Zerstörer der Wohlfahrt des Reiches und des christlichen Glaubens verschrien wird. Der Innsbrucker Hof ist also ein Gefahrenherd. Von Erzherzog Ferdinand hörte Wolf das erboste Wort über die sächsisch-habsburgischen Heiratspläne: „Wiewohl mir [Ferdinand] meine Schwester sehr lieb ist, will ich doch lieber, daß sie im Meer ertränke, als daß sie dahin [nach Kursachsen] komme.“¹¹⁴ Es geht um Katharina, Karls und Ferdinands Schwester, deren Heirat mit dem sächsischen Kurprinzen Johann Friedrich zwar längst ratifiziert, aber noch nicht vollzogen war¹¹⁵.

¹¹¹ 502, 15–21.

¹¹² 502, 30f.

¹¹³ 503, 5–9.

¹¹⁴ 503, 25–31 (Nachschrift).

¹¹⁵ Karl, der die Unterstützung für seine deutsche Wahl brauchte, ließ gegenüber dem kurfürstlichen Hof die Option der Heirat seiner Schwester mit Kurprinz Johann Friedrich ins Spiel bringen. Anlässlich der Königswahl am 28. Juni 1519 in Frankfurt kam die Sache zum Abschluß und der Heiratsvertrag wurde auch allseitig ratifiziert. Die Heirat selber aber verzögerte sich, vornehmlich deshalb, weil die Sachsen die Kosten für eine Heirat per procuram scheuten. Karl V. versprach schließlich, die Braut sechs Monate nach seiner Rückkehr in das spanische Reich den Sachsen zuführen zu lassen, doch dieser Heiratszug erfolgte nicht. Das Eheprojekt blieb bis zum Mai 1524 in der Schwebe, bis der kaiserliche Gesandte Johann

3. Angesichts der vielfältigen Versuche, dem Kurfürsten einen „ungnedigen keiser“ zu machen, muß dem ernestinischen Hause an einem „gnedigen keiser“ gelegen sein. „Derhalb were gutt, wue es moehlich an vorlezung gottes, das wege gesucht, domit der [der gnädige Kaiser] erlanget und erhalten wurde.“¹¹⁶

Der Bericht samt Planitzens Vorschläge zeigen, wie gefährdet die reformatorische Bewegung im Sommer des Jahres 1523 gewesen ist. Es ist nicht das Reichsregiment, das gegen den Kurfürsten vorgehen will oder vorzugehen rät. Dazu hat es keine Kompetenz und in seiner Mehrheit wohl auch kein Interesse. Das Regiment fungiert vielmehr als Zentrum der Nachrichten und Gerüchte, die zu erkennen geben oder vorgeben, daß auswärtige Mächte den kursächsischen Luther-schutz notfalls mit Gewalt ausschalten wollen. Planitz nimmt diese Drohungen so ernst, daß er dem Hof dringend anrät, Luther des Landes zu verweisen. Angesichts des Bedrohungspotentials verlangt er Kaisertreue als Grundsatz für die künftige Politik gegenüber dem Reich. Sein Alptraum sind die Koalitionen, die das Kurfürstentum einkreisen könnten, vornehmlich das gefürchtete Bündnis des herzoglichen Sachsen mit dem landgräflichen Hessen. Das Gegenmittel ist allein der gnädige Kaiser. Planitz macht den Kurfürsten ausdrücklich auf die Meinung etlicher Fürsten aufmerksam, daß trotz des Reichstagsabschieds von 1523 das Wormser Edikt noch immer in Kraft stehe¹¹⁷. Das dürfte als Wink zu verstehen sein, sich diesem nicht weiterhin offen zu widersetzen. Gemäß der Analyse Planitzens kehrt sich der Schutz, den der Kurfürst Luther angedeihen läßt, gegen die Interessen des ernestinischen Hauses.

7. Nicht Luther, sondern Karlstadt

Die sächsische Politik zeigt, daß Planitzens Konzept gehört worden ist, auch wenn der Hof sich auf den Rat zur Vertreibung Luthers nicht eingelassen hat. Sowohl Kurfürst Friedrich als auch sein Nachfolger Kurfürst Johann haben sorgfältig die Beziehungen zum Kaiser gepflegt und auch dessen Aufkündigung der Heirat nicht zum Anlaß genommen, das Klima zu verschlechtern. Über den Rat Planitzens hinaus hat der Kurfürst auch Ferdinand, den Statthalter und Herrn der Erblande, in die Beziehungspflege eingeschlossen. Balthasar Wolf fungiert zunehmend als Mittler, auch als Vermittler der Gelegenheiten. Aus Anlaß des bevorstehenden dritten Nürnberger Reichstages hatte der Erzherzog den Kurfürsten am 8. Dezember 1523 in dessen Nürnberger Residenz aufgesucht, diese Residenz

Hannart dem Kurfürsten die Aufkündigung des Vertrages zugunsten Katharinas Heirat mit dem König von Portugal mitteilen mußte. Vgl. *Georg Mentz*, Johann Friedrich der Großmütige, 1503–1554, Teil 1: Johann Friedrich bis zu seinem Regierungsantritt 1503–1532 (Beiträge zur neueren Geschichte Thüringens, Bd. 1, Jena 1903) 19–21.

¹¹⁶ *Wülcker, Virck*, 503, 33–504, 2.

¹¹⁷ Ebd. 504, 4–9.

aber war das Haus Balthasar Wolfs¹¹⁸. Im Sommer 1524 ist Wolf dann im Auftrag des Erzherzogs mehrfach nach Sachsen gereist. Dabei geht es einmal um den Versuch Ferdinands, gegen die Kritik des Kaisers an der erzherzoglichen Regierung bei Kurfürst Friedrich Rückhalt zu finden, und ferner steht die Luthersache zur Debatte, die nun im August 1524 eine überraschende Wendung nimmt. Von Wolfs geheimer Botschaft sind einige Verhandlungsgegenstände, die auch die neue Lehre betreffen, in einer Aktennotiz andeutungsweise festgehalten worden. Zu Luther heißt es: „Luter halbn hab der Babst, etlich konig bey kr [kaiserlicher] Mt. [Majestät] etc“ – damit bricht der Satz ab, den man auf dem Hintergrund der Planitzberichte aber ergänzen kann: Der Kaiser wurde aufgefordert, scharf und effektiv gegen Luther durchzugreifen, mit jenen Konsequenzen, die sich daraus für den Kurfürsten ergeben könnten, wenn er am Lutherschutz festhält. Als Position des Erzherzogs wird dazu folgendes notiert:

1. „F[ürstliche]. D[urchlaucht]. wolt gern vil rede furkomen, so sein kf. [kurfürstliche] G[naden]. allenthalben zugemessen, so well es doch nit möglich sein.“ Ferdinand beteuert somit seinen guten Willen, den Kurfürsten vor etwaigen politischen Zudringlichkeiten zu schützen, sieht sich angesichts der Religionsproblematik dazu aber nicht in der Lage.

2. Der Grund für die Schwierigkeiten, den Kurfürsten zu schützen, besteht nach Ferdinands Auffassung derzeit in folgendem: „Das des Luters discipel zu vil dingen ursach sein, darumb das sie dy sachn ubermachn mit den heiligen, der Mutter gotts undt zeremonia, auch den Bilden, dy sie aus den kirchn thun und verbrennen, und wolln itzt, es sey kain Sacrament, allain ain gebenedeit Brot und wein.“ Zielscheibe des Zorns sind jetzt in erster Linie Luthers ‚Schüler‘, die mit ihrer Kritik an der Heiligen- und Marienverehrung, mit neuen Gottesdienstordnungen und mit der Bilderzerstörung die Christenheit in Unruhe und Aufruhr versetzen. Den Höhepunkt dieses Treibens setzen die „discipel“ mit ihrer Absage an die Realpräsenz des Leibes Christi im Abendmahl. Die Abendmahlslehre wird damit zum politischen Maß, an dem sich die Erträglichkeit der Ketzerei oder deren Unerträglichkeit entscheidet, weil die vermeintlichen Verächter des Sakraments die Christenheit in Aufruhr versetzten, wie man sie verächtigt.

Deshalb 3. „F[ürstliche].D[durchlaucht]. wolt seiner chf. [kurfürstlichen]. G[naden]. gern ratn und bitten das sein chf.g. karlstat das Land zum wenigstn verbiete etc.“¹¹⁹ Von den Unruhestiftern ist Karlstadt ins Fadenkreuz der auswärtigen Politik geraten. Dem Kurfürsten ist mit diesem Hinweis zugleich der Weg gewiesen, wie er ein Zeichen seiner Kaiser-, Reichs- und Kirchentreue setzen könne, ohne seinen Luther auszuschalten.

Eine schriftlich-inhaltliche Reaktion des Kurfürsten zu den Vorschlägen liegt nicht vor, wohl aber die briefliche, im Konzept auf den 16. August 1524 datier-

¹¹⁸ Vgl. *Ingetraut Ludolphy*, Friedrich der Weise, Kurfürst von Sachsen, 1463–1525 (Göttingen 1984) 235.

¹¹⁹ Die Notiz ist veröffentlicht von *Förstemann*, Neues Urkundenbuch 215, Nr. 88.

te Zusicherung, daß er Ferdinands geheime Botschaft wohl vernommen habe: „das Jhenig, so euer lieb [Erzherzog Ferdinand] demselben Ern [Herrn] Balthazarn bevolhn, mit mir in gehaim zureden, von ym angehört. Dorauf ich ym dan mein gemut widerumb angezaigt, was er E[uer].l[ieb]. von meintwegen allenthalben weiter sagn und berichtn sol.“¹²⁰

Es ist nicht bei leeren Worten geblieben, denn es erfolgt in der zweiten Hälfte des August 1524 Luthers Visitation in Thüringen, die Aufklärung über Karlstadts und seiner Anhänger Treiben erbringen soll. Eine kurfürstliche Anweisung dazu ist nicht erhalten, doch die Wahrscheinlichkeit, daß diese Visitationsreise eine Privatreise war, ist auszuschließen, wie auch dem Bericht eines Karlstadtanhängers – es ist Martin Reinhard, Prediger zu Jena – zu entnehmen ist, daß Luther auf fürstlichen Befehl nach Thüringen aufgebrochen sei¹²¹. Am 22. August hat Luther in Jena von der Kanzel herab gleich zu Anfang jene Themen aufgegriffen, welche die Aktennotiz zur Botschaft Balthasar Wolfs festgehalten hat: Der Visitor geißelt den Aufruhr, nämlich „kirchen, bilder, holtz unnd steyn zurreißen etc., und in summa, Tauff und sacrament des altars hynweg zunemen“¹²². Das bedeutet nicht, daß Luther die Klagen Erzherzog Ferdinands kennen würde, sondern daß die Thematik – so allgemein sie auch verbreitet ist – konkret durch die Instruktion zur Visitation vorgegeben ist. Doch die außenpolitische Bedeutung dieser Visitation blieb den Akteuren vor Ort verborgen. Auch Luthers Skizze einer herzoglichen Antwort an Karlstadt zu Händen des Weimarer Hofpredigers Wolfgang Stein vom Anfang September 1524 rechnet nicht entfernt mit einer Ausweisung¹²³. Diese Maßnahme kam überraschend: Mit Datum vom 18. September 1524 erhielt Karlstadt den schriftlichen Ausweisungsbefehl¹²⁴, ferner auch Martin Reinhart und Karlstadts Schwager Gerhard Westenburg. Daß diese unvorhergesehene Ausweisung dennoch nicht überraschend kam, wird in der Forschung übersehen. Fast ausschließlich wird des innenpolitischen Aspekts der Auseinandersetzung mit Karlstadt gedacht – und dieser legt sich unbezweifelbar nahe, da das Vorgehen gegen diesen und seine Anhänger als durchgreifende innere Eindämmung gelten muß. Nicht wahrgenommen wird hingegen der außenpolitische Zusammenhang: Es reicht gegen die Verdächtigen nicht die strikte Abmahnung, die Verset-

¹²⁰ Förstemann, 216, Nr. 90.

¹²¹ Luther hat die Visitation „auß Fürstlichen bevelhe Der Durchleuchtigen Hochgepornen Fürsten und herrn Der Hertzogen zu Sachssen“ unternommen. [Martin Reinhard] Ein bericht der handlung zwischen Doctor Martino Luthero unnd Doctor Andreas Bodenstein von Karlstat, zu Jen [Jena] geschehen“. WA 15, 334, 9–11.

¹²² Handlung, WA 15, 334, 19–21.

¹²³ Siehe Luthers Brief an Wolfgang Stein, Wittenberg, Anfang September 1524; WAB 3, 343.

¹²⁴ Amtliches Ausweisungsschreiben der herzoglichen Räte aus Weimar, Auszug bei Hermann Barge, Andreas Bodenstein zu Karlstadt, Teil 2: Karlstadt als Vorkämpfer des laienchristlichen Puritanismus (Leipzig 1905 [Nieuwkoop 1968]) 138. Das ganze Schreiben in Karlstadts Flugschrift: Ursachen der halben Andres Carolstatt auß den landen zu Sachsen vertriben. [Straßburg (Johann Prüss d.J.) 1524], fol a4r,v. Siehe Hans-Joachim Köhler, Bibliographie der Flugschriften des 16. Jahrhunderts, Bd. I, 2 (Tübingen 1992) 196, Nr. 1923.

zung oder Absetzung, sondern außenpolitisch konsequent wird die Ausweisung verfügt. Diese aber hatte ein zugetaner Erzherzog dem Kurfürsten anempfohlen¹²⁵.

8. Fürsteninteressen und Reformation

Das Urteil, die Reformation des 16. Jahrhunderts sei ein Geschehen auch im Interesse der Fürsten gewesen, wird zwar nicht unzutreffend, doch oftmals übereilt nachgesprochen. Wenn man sich die Mühe macht, von der globalen Rückschau auf das Geschehen zu den betroffenen Zeitgenossen zurückzukehren, deren Blick in die Zukunft genauso begrenzt ist wie heute, dann zeigt sich, daß die säkularen Nutzeffekte der Reformation für die Obrigkeiten nicht einfach auf der Hand liegen. In den langen Jahren der Anfänge, die noch nicht einmal als Anfänge – Anfänge wessen? – zu durchschauen waren, erbrachte die neue Lehre nichts als politische Belastungen. In Kursachsen barg die neue Lehre sogar Risiken, die in keinem Verhältnis zu einem weltlichen Nutzen standen, der nicht einmal auszumachen war. Die Theologie, die von Wittenberg ausging, erbrachte über Jahre hinweg Gefahren für die Macht, sowohl durch Unruhen im Inneren wie durch Pressionen von Außen. Diese Pressionen sind zwar – noch – nicht in umwälzende Aktionen umgesetzt worden, haben aber dennoch ihre Wirkungen gezeitigt, wie die Ausweisung Karlstadts belegt. Die außenpolitische Bedrohung, die Hans von der Planitz mit zunehmender Sorge beobachtete, wurde durch Kurfürst Friedrich entschärft, ohne daß er seine Überzeugung vom möglichen Recht der Lehre Luthers hätte aufgeben müssen. Die Ausweisung Karlstadts diente nach außen der eigenen Sicherung und damit auch dem Lutherschutze, der ohne den Herrschaftsschutz nicht greifen konnte. Dennoch hat Friedrich die Situation der Bedrohung nicht bereinigen können – das war, ohne den Geächteten aufzugeben, auch nicht möglich. Man begreift aber nicht die Struktur der Außenpolitik des Kurfürsten Friedrich und später auch seines Bruders und Nachfolgers Johann, wenn man nicht die Angst vor der Koalition gegen das ernestinische zugunsten des albertinischen Sachsen veranschlagt. Nur ein gnädiger Kaiser kann in den Zeiten der religiösen Umwälzung den Verlust der Kurwürde verhindern.

¹²⁵ Auch in der neuesten Karlstadtliteratur wird die Außenpolitik nicht wahrgenommen. *Volkmar Joestel* beschränkt sich gänzlich auf den Aspekt der Innenpolitik: Ostthüringen und Karlstadt. Soziale Bewegung und Reformation im mittleren Saaleetal am Vorabend des Bauernkrieges 1522–1524 (Berlin 1996) 136–140. *Ingetraut Ludolphy* hat den außenpolitischen Aspekt der Karlstadtausweisung zwar entdeckt, in seiner Bedeutung aber nicht erkannt: Friedrich der Weise 465.